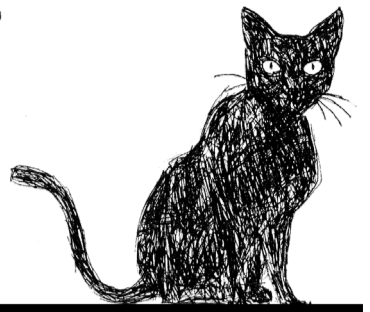




Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Editorial

Die dritte Ausgabe der Tacheles ist da! Wie versprochen, behandeln viele Artikel das Thema Klimawandel aus verschiedensten Perspektiven. Aber auch zu anderen Themen gibt es viele spannende Texte!

Außerdem erwartet euch Lokales und Internationales, ein Comic und eine tolle Karikatur.

Viele werden sich freuen, denn es gibt auch wieder ein handgemachtes Kreuzworträtsel mit Gewinnspiel.

Bei den Verteilstationen gab es kleine Änderungen – mehr dazu findet ihr auf der letzten Seite. Nach wie vor sind wir als selbstorganisiertes Projekt auf kleine und große Spenden angewiesen, um die Tacheles zu finanzieren. Spendendosen stehen zum Beispiel im Infoladen Aachen, im Buchladen Pontstraße 39 oder im Pfannenzauber.

Habt ihr Anregungen, Ideen oder wollt vielleicht selber mal was schreiben? Dann schickt uns doch eine E-Mail oder einen Leser*innenbrief.

Viel Spaß beim Lesen!

Achso, und Vorsicht beim Aufmachen, wir sind schon wieder größer geworden.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen



Der goldene Finger von Ende Gelände in Aktion. (Bild: Ende Gelände)

Systemrelevant? Mumpitz!!

Erfahrungsbericht über eine Baggerbesetzung im Tagebau Garzweiler

Im Sommer diesen Jahres wurden im Braunkohlegebiet Garzweiler von einigen Kleingruppen mehrere Bagger sowie Förderbänder besetzt. Der Braunkohleabbau wurde an diesem Tag erfolgreich unterbrochen. Damit sollte einmal mehr ein notwendiges Zeichen gegen fossilen Kapitalismus und insbesondere den Abbau von Braunkohle (in Deutschland) gesetzt werden. Die Braunkohlekraftwerke von RWE sind die Dreckigsten in ganz Europa und machen jegliches Klimaziel zunichte.

→ Fortsetzung auf Seite 2

Was steckt drin?

Klimagerechtigkeit: Systemrelevant? Mumpitz!! (Fortsetzung) · Danni Bleibt! → S. 2

Klimagerechtigkeit: „Hurra, Hurra der Klimawandel ist da!“ · Klimabewegung in AC → S. 3

Festung Europa: Interview: Waiting Island → 4

Festung Europa: Die ZUE Düren-Gürzenich · B*asyl Aachen stellt sich vor → S. 5

Recht auf Stadt und Klimaschutz zusammendenken! · Aachen hat jetzt eine Bürgermeisterin (Fortsetzung) · Protestkultur → S. 6

Campus West · Kommentar zur Räumung der Liebig 34 · Comic mit Cora · Ach übrigens → 7

Von Jägern und Bärten · Update: Rechte Bullen in Aachen und NRW → S. 8

Internationalismus: Der Sturm von den Bergen · Protestkultur (Fortsetzung) → S. 9

„Marlon geht's noch?“ · Leser*innenbrief des AKS → S. 10

Leser*innenbrief (Fortsetzung) · Coronabedingte Proteste in Aachen und der BRD · Buchrezension: Hexenjagd (Silvia Federici) → S. 11

Geschichte & Gegenwart: 110 Jahre Frauen*kampftag - Alles beim Alten? → S. 12

Geschichte & Gegenwart: Rüstungsforschung an der RWTH Aachen - gestern und heute → S. 13

Kreuzworträtsel · Horoskop · Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag · Über uns → S. 14

Aachen hat jetzt eine Bürgermeisterin

Feministischer Kommentar zur Wahl

Sibylle Keupen (parteilose OB-Kandidatin, angetreten für die Grünen) gelang ein 67%iger Wahlsieg bei den vergangenen kommunalen Stichwahlen. Wir fragen uns seit der Wahl, ob das nun ein Grund zur Freude sein sollte. Immerhin ist eine Cis-Frau nun das Stadtoberhaupt und somit die Fleisch gewordene Erfüllung der Frauenquote. Unsere feministischen Herzen tun sich jedoch schwer mit dem höher schlagen.

Die Grüne? Da war doch was ... Jaja genau, das waren doch die, die unter der rot-grünen Regierungskoalition nicht nur Hartz IV zu verantworten haben, sondern auch den katastrophalen Zustand des Gesundheitssektors, dessen Auswirkungen wir gerade deutlich durch Covid 19 erleben können und den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr. Aber lasst uns nicht auf alten Kamellen herumreiten. Lokale und aktuellere Beispiele für die Skepsis sind auch in unserem Kommentar „Hurra, hurra, der Klimawandel ist da“ zum Lieblingsthema der Grünen, dem Umweltschutz, zu finden.

Und wenn sich Menschen jetzt fragen sollten, was all dies mit den feministischen Herzen zu tun haben soll, all das waren ja jetzt keine „Frauenthemen“, dann laden wir euch kurz dazu ein über die Zusammenhänge beispielsweise vom Gesundheitssektor, prekären Arbeitsbedingungen, Carearbeit und „klassischen Frauenberufen“ nachzudenken.

Machen wir es aber plakativ, kommen wir jetzt zu den „wirklichen Frauenthemen“. Was sagen denn die Grünen zum Thema Gleichberechtigung? Zunächst sprechen sie sich für die 50%ige Frauenquote aus. Abgesehen von der binären (zwei-geschlechtlichen) exklusiven Sprache und Systematik, die dahinter steckt, indem man es so aussehen lässt, als gäbe es nur das „männliche“ und das „weibliche“ Geschlecht, ist die Frauenquote nicht die Lösung der Unter-

repräsentation von Frauen* in verschiedensten Gremien. Sie ist ein bürokratischer Versuch Gleichberechtigung zu realisieren, wo eigentlich Chancengleichheit die Lösung ist und ohne konsequente Veränderung der Zustände viel zu oft zusätzlicher Druck und Ignoranz der eigentlichen Bedürfnisse von Frauen* ist. Und das ganz abgesehen von der absoluten Unterrepräsentation von BPoC Frauen* in allen Gremien, für die Sibylle Keupen als Weiße Cis-Frau auch keine wirkliche Repräsentantin sein kann. Weniger verwirrend wird es auch nicht bei der von den Grünen geforderten individuellen Besteuerung und Ehegattensplitting für Familien, was unweigerlich die Frage aufwirft, was mit unverheirateten Menschen und beispielsweise Alleinerziehenden ist? Sind es nicht eher diese Menschengruppen, die eine derartige Unterstützung benötigen würden? Zuletzt fordern sie mehr Polizei auf den Straßen, damit sich Frauen* wieder sicherer fühlen könnten, vor allem bei Nacht. Ist die Polizei aber wirklich der richtige Ansprechpartner für Frauen*, wenn es um sexualisierte Gewalt geht? Diverse Erfahrungsberichte über übergriffige Polizisten und Menschen, die sexualisierte Gewalt überleben mussten, bei denen jedoch die Beweislast der Tat liegt, halten dagegen. Und dabei haben wir noch gar nicht die Probleme von BPoCs im Zusammenhang mit der Polizei, beispielsweise struktureller Rassismus, ausgeführt.

Sibylle Keupen ist zwar kein Parteimitglied der Grünen, jedoch wird sie sich, unterstützt von der Partei, auch mit den Aktivitäten dieser in Verbindung bringen lassen müssen. Ob es ihr gelingen wird gerechtfertigte Kritik an den Stellen zu äußern, an denen sie richtig platziert ist, wird ihre Amtszeit zeigen.

→ Fortsetzung auf Seite 6



Natodraht: Allgegenwärtig in den Camps. (Bild: Privat)

Interview: Waiting Island

Wir haben mit jemandem, der im neuen Camp „Moria 2.0“ auf Lesbos leben muss, über die dortige Lage gesprochen.

Nachdem das berüchtigte Lager Moria auf Lesbos Anfang September niederbrannte, wurde ein neues Camp mit mehr als dürftigen Bedingungen errichtet. Der Glaube, es könne nicht schlimmer werden, stellte sich leider als falsch heraus. Zusätzlich zu noch prekäreren Lebensbedingungen als früher wurde die Überwachung intensiviert.

Kannst du dich kurz vorstellen?

Ich heiße Gol Mohammad und komme aus Afghanistan aus der Provinz Daykundi. Ich bin 23 Jahre alt und bin seit 11 Monaten hier.

Und wie erlebst du das Leben hier auf Lesbos?

Es ist schwer, das zu erklären. Aber als ich auf dieser Insel ankam, war ich so glücklich, weil ich dachte, hier ist es vielleicht besser für mich.

Ich habe meinen Namen registriert, und sie haben mir gesagt „okay, du kannst gehen“. Also musste ich nachts alleine und ohne irgendwelche Schlafsachen ins Camp. Am nächsten Morgen bin ich herumgelaufen und dachte: Als ich in der Türkei war, haben mir die Leute gesagt, Griechenland sei ein gutes Land für Geflüchtete. Aber das stimmt nicht. Ich habe gesehen, dass die Situation für die Menschen hier sehr schlimm ist. Und es war sehr schwierig für mich, das zu sehen.

Als ich in der Türkei war, haben mir die Leute gesagt, Griechenland sei ein gutes Land für Geflüchtete. Aber das stimmt nicht.

→ Fortsetzung auf Seite 4

→ Fortsetzung von Seite 1: Systemrelevant? Mumpitz!!

Der Kompromiss der Kohlekommission sowie die daraus resultierende Leitentscheidung des Landes NRW sind lächerlich. Deswegen bleiben der Kohleausstieg und ein echter, dringend notwendiger Systemwandel leider immer noch Handarbeit. Während in den Parlamenten über die Systemrelevanz von verschiedensten Konzernen und Berufsgruppen entschieden wurde, zeigten die Aktivist*innen an diesem Tag, dass Braunkohleabbau nicht systemrelevant, sondern absoluter Mumpitz ist! Dies ist ein Erfahrungsbericht:

Mitten in der Nacht...

...machten wir uns auf den Weg durchs Unterholz zu „unserem“ Bagger. Wir wussten, dass es hart werden würde. Doch wir erachteten es als notwendig, um ein Zeichen für Klimagerechtigkeit zu setzen. Ich war ziemlich aufgeregt, aber auf dem Weg legte sich die Aufregung immer mehr. Stück für Stück näherten wir uns dem Ziel: der Kohlegrube. Als der Bagger in Sichtweite war, richtete plötzlich ein Auto seine Scheinwerfer auf uns – waren wir vom Werkschutz entdeckt worden? Mein Herz pochte, mein Adrenalinpegel stieg. Zum Glück blieb meine Gruppe ruhiger als ich. Wir legten einen Zahn zu, um noch zum Bagger zu gelangen, denn wir waren so nah dran.

Endlich waren wir da. Doch anscheinend hatten wir Pech im Glück: Wir hatten es zwar zum Bagger geschafft, doch alle Aufgänge waren gesperrt. Manche kletterten drauf los. Dann wurden wir von RWE-Mitarbeitenden entdeckt. Die Stimmung war angespannt. Manche RWE-Mitarbeitende ließen mit sich reden, andere pöbelten. So kam es, dass es nur vier von uns auf den Bagger schafften – der Rest besetzte spontan das Förderband.

Die Besetzung

Inzwischen waren unten zwei Polizist*innen, der Werkschutz sowie einige Mitarbeitende von RWE da. Mit manchen der Angestellten von RWE konnte mensch sich durchaus über die aktuelle „Klimapolitik“ unterhalten. Klar – die Standpunkte könnten kaum verschiedener sein, doch immerhin war eine Diskussion möglich. Das überraschte mich positiv. Ebenso, dass manche Mitarbeitende Klimaschutz, Fridays for Future & Co. als wichtig erachteten – nur bitte halt keine Kohlekraftwerke schließen. Doch nicht mit allen ließ sich reden: Da war der bullige Typ, der eine als weiblich gelesene Person als „Schlampe“ beschimpfte. Oder der Stiernacken, der sich selbst als „Schläger aus dem Hambach“ vorstellte und wieder ein anderer, der es befürworten würde, wenn zufällig eine*r von uns „Zecken“ vom Bagger herunterfiele. Vielleicht wäre es noch ein Weilchen so weiter gegangen, doch plötzlich tauchte eine andere Bezugsgruppe auf, die Werkschutz und Polizei ablenkte. Durch dieses Manöver schaffte es der Rest unserer Gruppe auch noch auf den Bagger. Endlich! Eine Welle der Euphorie machte sich breit,

wir konnten unsere mühevoll bemalten Banner aufhängen und sogar etwas schlafen, was umzingelt von RWE-Mitarbeitenden in 20m Höhe dezent ungewohnt war. Das Vertrauen in die Bezugsgruppe machte es jedoch möglich.

Räumung

Doch alles Schöne hat irgendwann sein Ende – auch die beste Baggerbesetzung. Denn einige Stunden später rückten dann die Hundertschaften der Polizei an. Die Ankunft von Team Blau verzögerte sich zwar etwas, da sie im trockenen Boden stecken blieben – ein netter Anblick! Doch bei uns stieg langsam die Anspannung. Auch ich war nicht mehr ganz so ruhig – immerhin würde es meine erste Räumung mit einer so kleinen Gruppe sein. Mittags war es dann so weit: Wir wurden geräumt. Zuvor hatte ich mir felsenfest vorgenommen, nicht aufzustehen, sondern mich nur wegtragen zu lassen. Aber ich hatte zu viel Angst und entschied mich schweren Herzens doch mitzugehen, wenn auch möglichst langsam.

Mittags wurden wir in Bussen aus der Grube gefahren und zur mobilen Gesa gebracht. Dort versuchte die Polizei zum ersten Mal unsere Identitäten festzustellen. Doch wir waren vorbereitet: Als ein Polizist kam, meine präparierten Fingerkuppen begutachtete und sofort abwinkte, konnte ich mir ein Schmunzeln nicht verkneifen.

Schließlich wurde ich in einem kleinen Gefangenen-Transporter zur Gesa nach Aachen gebracht. Die Zellen in diesen Transportern sind unangenehm klein, klaustrophobisch sollte mensch definitiv nicht sein. Wenigstens war ich so erschöpft, dass ich etwas schlafen konnte.

Gefangenessammelstelle

Als wir bei der Gesa in Aachen ankamen, musste ich dringend aufs Klo. Immerhin hatte ich mir von den Polizist*innen mühsam mein Grundrecht auf Trinken erbettelt. Den Toilettengang verwehrte mir die Polizei dann aber nonchalant. Erst nach qualvollen 20 Minuten ließen sie mich endlich aufs Klo. Wie gewohnt schloss ich die Tür hinter mir ab. Sofort stürzte ein Beamter hinter mir her und öffnete die Tür von außen. Andere Welt. Langsam dämmerte mir, was noch alles auf mich zukommen würde.

Nach einiger Zeit ging es mit Fotos und Untersuchungen weiter. Ich schloss die Augen, zog Grimassen, schielte. So konnte die Polizei keine brauchbaren Fotos schießen. Jetzt erfolgte die gründlichste Untersuchung, dabei musste ich mich fast komplett ausziehen.

Wiederholt bestand ich auf mein Recht eines erfolgreichen Anrufes. Immer wieder wurde ich mit „später“ hingehalten und sogar unter Druck gesetzt: „Ich möchte bitte jetzt das Recht auf einen erfolgreichen Anruf wahrnehmen.“ - „Wie heißen Sie?“ - „Ich verweigere die Aussage.“ - „Wenn Sie uns Ihren Namen nicht sagen, haben Sie kein Anrecht auf einen Anruf.“ Das war einfach eine dreiste Lüge!

Ich startete einen letzten verzweifelten Ver-



Der grüne Finger von Ende Gelände auf dem Weg in die Grube. (Bild: Jens Volle)

such, den mir zustehenden Anruf zu erlangen, um endlich den Ermittlungsausschuss (EA) anrufen zu können. Leider vergebens und ich wurde ohne Anruf vom Bus in eine neue Zelle geschoben und geschubst.

(Un)coole Zeit

Die schwere Tür fiel ins Schloss. Ich war alleine. Mein erstes Mal in Gefangenschaft. Im Vorfeld hatte ich mehrfach versucht, mir vorzustellen wie es in der Gesa sein würde. Doch die reale Erfahrung, unfrei zu sein, ist unvorstellbar.

Die Zelle maß 4 mal 2 Meter. Ein Bett mit Plastikmatratze ohne alles. Ein Fenster, durch das fast kein Tageslicht kam. Die Tür, durch die es kein Entrinnen gab. Eine karge Toilette samt Wasserhahn. Doch es gab keine Decken, kein Klopapier, keinen Becher zum Trinken. Das Ganze kam mir wie ein pervernes Survival-Game vor.

Zufällig entdeckte ich die Gegensprechanlage in der Tür und organisierte mir in weiser Voraussicht eine Decke. Auch ein paar Fetzen Klopapier gewährte man mir. Ich durfte sogar ein paar vegane Snacks aus meinem Rucksack haben.

Ich war erschöpft, aber mein Kopf gab keine Ruhe: Sollte ich nie wieder mit auf Aktion? (Nein!) Wie lange muss ich noch hier sein? Wie akribisch würde die erkennungsdienstliche (ED-) Behandlung? Wie geht es den anderen? Irgendwann döste ich doch weg. Nach einigen Stunden konnte ich endlich nach einer Mischung aus drohen und betteln meinen Anruf absetzen. Doch: Die Nummer des EA funktionierte nicht! Wie konnte das sein? Später sollte sich herausstellen, dass die Beamt*innen „vergessen“ hatten, dass mensch eine Null vorwählen muss.

Irgendwann stattete mir der „Staatschutz“ in

meiner Zelle einen Besuch ab und legte mir irgendwelche Dokumente vor – ob ich Deutsch verstünde, was meine Rechte seien. Ich unterschrieb nichts. Das waren meine eisernen Regeln: Nichts sagen, nichts unterschreiben. Dann wurde ich erneut ED behandelt und es kam wieder das übliche Prozedere mit Gewicht, Fotos, Fingerabdrücken & Co. Doch auch diesmal erleichterte es mich ungemein, dass das Fingerabdruck-Lesegeräte die feinen individuellen Rillen der einzelnen Fingerelemente allem Anschein nach nicht erkennen konnte. Irgendwann öffnete sich die Tür meiner Zelle. Ein paar Polizist*innen meinten, ich solle meine Sachen packen und dürfe nun gehen. Es war etwa 1 Uhr nachts. Halb verschlafen und völlig verdattert kapierte ich die Lage noch nicht. Ich wurde herausgeleitet und durch eine Nebentür entließ mensch mich aus der Gesa.

Gesasupport

Etwas unsicher ging ich ein paar Schritte und sah mich um. Da entdeckte ich auf der anderen Straßenseite all die Supportis, die schon auf uns warteten. Es gab Essen, Getränke, Schlafmöglichkeiten, Umarmungen und alles, was mensch sonst noch so braucht. Zwar wusste ich, dass die Supportis wichtige Arbeit leisten, doch erst jetzt begriff ich, wie wertvoll all das für eine gelungene Aktion ist. Plötzlich kam mir eine Person aus meiner Gruppe entgegen – noch nie habe ich mich so sehr gefreut, ein bekanntes Gesicht zu sehen! Jetzt erst fühlte ich mich richtig frei. Als meine Gruppe vollständig frei war, wurden wir noch nach Hause gebracht. Erschöpft, aber glücklich fiel ich in mein Bett.

Ende Gelände Aachen

Danni Bleibt!

Vorstellung einer Waldbesetzung: #keineA49

Eine Autobahn zu bauen und damit eine veraltete Verkehrspolitik voranzutreiben erscheint angesichts einer voranschreitenden globalen, ökologischen Krise als wenig sinnvoll. Doch genau das ist das Vorhaben 20 km östlich von Marburg in Hessen, wo Teile des Herrenwalds, des Maulbacher Forsts und des Dannenröder Forsts abgeholzt werden, um Platz für Asphalt zu schaffen. Ab 2021 soll dort die Autobahn A49 gebaut werden, um Kassel mit Gießen zu verbinden. Während die Rodungsarbeiten im Herrenwald und Maulbacher Forst schon abgeschlossen sind, geht im Danni der Kampf gegen die Autobahn und für Klimagerechtigkeit weiter. Seit mehr als einem Jahr halten Aktivist*innen den Mischwald besetzt. Doch seit dem 10. November wird auch dort gerodet. Die Menschen, die auf den Baumhäusern leben, werden gewaltsam und teilweise unter Lebensgefahr

geräumt. Wenn eine Aktivistin durch einen Sturz schwer verletzt im Krankenhaus landet, weil die Polizei ein tragendes Seil durchtrennt; wenn bei einer Baumfällung ein Seil „übersehen“ wird, an dem ein Mensch hängt, sodass er fünf Meter in die Tiefe fällt, dann kann auch nur noch die Polizei selbst daran glauben, dass dort nach dem Prinzip „Sicherheit vor Schnelligkeit“ gearbeitet wird.

Währenddessen äußern Bündnis90/Die Grünen Hessen, dass „die Polizei durch eine Strategie der Ruhe versucht, zur Deeskalation beizutragen“ und halten in ihrem Koalitionsvertrag mit der CDU weiter an dem Projekt A49 fest. Also wird der Bau der Autobahn fortgesetzt, auch wenn viele Gründe dagegen sprechen: Das Wasserreservoir, welches unter dem Dannenröder Forst liegt, versorgt eine halbe Millionen Menschen. In Anbetracht von Klimawandel

und Dürresommern sollte ein verantwortungsvoller Umgang mit dieser Ressource selbstverständlich sein. Durch die Rodung des Waldes wird weniger Grundwasser neugebildet und der Grundwasserspiegel sinkt ab.

Anstatt neue Autobahnen zu bauen, sollte eine Verkehrswende stattfinden, die im Verkehrs- & Transportwesen auf Fahrräder, Busse und Bahnen setzt. Denn Autos belasten die Umwelt in der Produktion, beim Bau der Infrastruktur

und in der alltäglichen Nutzung durch ihren CO₂-Ausstoß.

Ein Wirtschaftssystem, das auf stetigem Wachstum und steigendem Ressourcenverbrauch basiert, kann keine Beständigkeit haben, wenn die benötigten Ressourcen begrenzt sind! Was daran nachhaltig ist, einen 300 Jahre alten Wald schneller abzuholzen als er nachwachsen kann? Die Zerstörung des Ökosystems!

Efeu



Aktivist*innen besetzen in Solidarität mit dem Danni einen Baum am Markt in Aachen. (Bild: AK Antifa Aachen)

Bei der Überschwemmung der Zeitungen mit Corona News wurde was vergessen:

„Hurra, Hurra der Klimawandel ist da!“

War der Klimawandel letztes Jahr noch vermehrt in den Schlagzeilen und fanden die Wähler*innen auf einmal die Grünen ganz toll, muss man ihn gerade in den Zeitungen suchen. Meistens wird berichtet, wenn wieder Hitze- oder Dürre rekorde gebrochen werden, oder mit ein bisschen Glück, wenn Aktionen und Proteste stattfinden. Dass ausgerechnet die Grünen von der erhöhten Aufmerksamkeit, beispielsweise durch die FridaysForFuture-Bewegung, profitiert haben, ist traurig und gleichzeitig amüsant. In NRW war es die rot-grüne Landesregierung, die die Laufzeit für den Tagebau Hambach verlängerte. In Hessen wird momentan der Dannenöder Wald abgeholzt, um dort die neue Autobahn A49 zu bauen. Auch hier spielen die Grünen eine entscheidende Rolle, denn sie sitzen in der hessischen Landesregierung. Sie sind zwar nicht für die Genehmigung des Projekts in die Verantwortung zu nehmen, aber für die Durchsetzung des Baus mit der Rodung und der brutalen Räumung der Waldbesetzung.

In der Klimakrise schneiden sich die Parteien einen lächerlichen Kohlekompromiss aus den Rippen.[...] Von ihnen können wir uns nichts erhoffen.

In Aachen wurde im September dieses Jahres eines von vielen Klimacamps veranstaltet. Die Banner mit der Aufschrift „Wenn sie will, dann kann die Welt“ wehten am großen Zirkuszelt. Die Aufschrift ist schon ganz richtig: Wegen der Pandemie wurden plötzlich überall Gelder locker gemacht, Sondergipfel einberufen und neue Gesetze verabschiedet oder alte verändert. Sogar die goldene „Schwarze Null“ hat die Regierung aufgegeben. Aber in der Klimakrise schneiden sich die Parteien einen lächerlichen Kohlekompromiss aus den Rippen. Dieser ist nicht mehr als eine Farce: Unternehmen werden dafür bezahlt, dass sie ihre Kraftwerke 2038 abschalten. Viele Kraftwerksbetreiber haben daraufhin ihre Laufzeiten genau bis zu diesem Zeitpunkt verlängert, um an das Geld heranzukommen. Der Hambacher Forst soll erhalten bleiben. Doch er stirbt langsam vor



Pumuckl begutachtet besorgt Waldschäden durch den Borkenkäfer im Nationalpark Eifel. (Fotomontage)

sich hin, genau wie viele andere Wälder in ganz Deutschland: Die Bäume bekommen nicht genügend Wasser. Im Hambacher Forst sind die Gründe neben Dürre das Abpumpen von Grundwasser und Hitzeunterschiede an der Abbruchskante. Für angeblich benötigte Rettungswege (fette Schneisen) werden weiterhin Bäume gefällt. Und dann klopfen sich Politiker*innen für die „Rettung“ des Hambacher Forsts gegenseitig auf die Schultern, doch sie sollten sich dafür schämen. Der Klimawandel ist kein zukünftiges Problem, er steht schon mitten im Haus. Er ist zu sehen und zu fühlen. Der Frühling 2020 war ungewöhnlich warm, zwei Monate lang hat es kaum geregnet. Im August überschritten die Thermometer mehrere Tage lang die 35-Grad-Marke. Die obersten Bodenschichten verschleppen einen Wassermangel aus den letzten Jahren. Sie sind so ausgetrocknet, dass alle Pflanzen, die nicht tief genug wurzeln, am Rande der Verdunstung stehen. Vielleicht ist manchen von euch auch aufgefallen, dass die Kastanien in der Stadt früher als sonst ihre Blätter abwarfen. Ein Schutzmechanismus, der Ausdruck des Hitzestresses ist.

Die Unvereinbarkeit von Umweltschutz und Kapitalismus ist spätestens seit Corona unverkennbar. Doch das Muster der Reaktionen ist

eigentlich nicht neu; sobald eine Krise die Wirtschaft erfasst, ist die ganze pseudogrüne Rhetorik dahin und es wird unverblümt vermittelt, dass der Konsum, koste es was es wolle, ansteigen muss. Dabei ist egal was gekauft wird, also her mit den Vergünstigungen für Verbrennungsmotoren und runter mit der Mehrwertsteuer, auch für Fleisch aus der Massentierhaltung. Der Kapitalismus und seine Gier nach Innovation wird uns nicht retten können, denn das notwendige Wachstum wird auch weiterhin einen riesigen Ressourcenverbrauch mit sich bringen. Statistiken zu dem Thema werden einfach grün angestrichen. Beispielsweise die Prognosen, die zeigen sollen, wie hoch zukünftig der Stromanteil ist, der durch erneuerbare Energien erzeugt wird. Die Annahmen über den Stromverbrauch beziehen dessen Erhöhung, der vor allem durch die Digitalisierung entsteht, nicht mit ein. Durch die niedrig gewählte absolute Zahl erhöht sich der prozentuale Anteil des „grünen“ Stroms und suggeriert, dass wir auf einem guten Weg sind. Ähnliches passiert bei den Ausgleichsflächen für Tagebauten oder Autobahnen, deren Biodiversität und somit ihr ökologischer Wert bei weitem nicht mit den Ursprungsflächen gleichzusetzen ist. Doch in Berechnungen und Vorgaben für Konzerne wie RWE wird genau das ge-

tan. Dazu kommen neoliberale Auswüchse, die den Markt in eine grüne Richtung lenken sollen. Beispielsweise die vorangetriebene Produktion von Elektro-Autos. Wenn man sie sich genau anschaut, sind diese ganz und gar nicht sauber. Das sind nur einige Beispiele für unzureichende Maßnahmen, geschönte Statistiken und politische Heuchelei.

Die Unvereinbarkeit von Umweltschutz und Kapitalismus ist [...] unverkennbar.

Der Klimawandel ist nicht mehr zu verhindern, es gilt ihn abzuschwächen und zu hoffen, dass wir am „point of no return“¹ vorbeischnitten. Dass dies gelingt, ist bei der Betrachtung der aktuellsten Geschehnisse bezüglich des Methanaustritts, des Schmelzens der Permafrostböden und des Polareises in Frage zu stellen. Von der Regierung, den politischen Parteien und der Wirtschaft können wir uns nichts erhoffen, das haben sie immer wieder bewiesen. Wir müssen langfristig denken und uns auf die weiteren Veränderungen in unserer Umwelt vorbereiten. Wir müssen damit rechnen, dass staatliche Institutionen genau das nicht tun, sie werden überfordert sein und darauf mit autoritären Maßnahmen reagieren. Zivilgesellschaftliche, dezentrale Strukturen können dem entgegenwirken. Sonst werden die Schwächsten weiterhin am härtesten getroffen, wie in der Corona-Krise auch.

Pumuckl hat Recht, die Klimakrise ist längst da. Bisher ist besonders der globale Süden hart getroffen, vor allem aufgrund vermehrt vorkommender Naturkatastrophen, die in direktem Zusammenhang mit der Erderwärmung stehen. Der Reichtum und die geographische Lage Europas ermöglichen die weitergehende Ignoranz und das Wegsehen von Regierungen, Unternehmer*innen und weiten Teilen der Bevölkerung. Wir sollten etwas dagegen setzen.

Kommentar von Knit & Agitate

¹ Punkt, an dem es unmöglich ist die Klimaerwärmung zu begrenzen, da unumkehrbare Mechanismen in Gang gesetzt werden, die die Erwärmung beschleunigen und sie sich selbstständig.

Klimagerechtigkeitsbewegung in Aachen

Klimacamp im Sommer 2020

Im September dieses Jahres fand (trotz Corona) das Klimacamp erstmalig in Aachen statt. Normalerweise, ohne die Pandemie, finden jedes Jahr in ganz Deutschland und international Klimacamps statt. Sie bieten einen basisdemokratisch organisierten Raum, um klimagerechte Utopien zu entwickeln und auszuprobieren. Das Camp fand mit einem ausgeklügelten Hygienekonzept statt, so konnte dort ein Corona-Ausbruch verhindert werden.

In Aachen gab es zwei Tage lang interessante Workshops und spannende Diskussionen. Zum Beispiel über den Sinn oder Unsinn von Aktivist*innen im Bundestag. Außerdem wurde sich auch an der Massenaktion von Ende Gelände im Braunkohlegebiet Rheinland beteiligt. Zwei „Finger“ starteten früh morgens und hatten verschiedene Ziele im „Revier“. Der antikolonialistische Grüne Finger, ein Finger für und von BIPOC¹, wurde massiv von der Polizei angegriffen. Nach der abendlichen Ankunft am Aachener Hauptbahnhof gab es aus diesem Anlass zwei „Spontis“. Eine zurück zum Klimacamp und eine zum Aachener Polizeipräsidium, wo die Festgenommenen in der Gefangensammelstelle saßen. Trotz Corona schreitet die Klimakrise voran

und macht keine Pause, weswegen die Bewegung auch in diesen Zeiten sichtbar bleibt und weiterhin kleine und große Aktionen durchführen wird, um die Notwendigkeit eines Systemwandels zu verdeutlichen.

Aktuelle Hotspots

Aktuell gibt es in der Region und darüber hinaus viel Auseinandersetzung um das Thema Klimagerechtigkeit. Seit dem Rodungsstopp im Hambacher Forst sind die umliegenden Dörfer, die noch umgesiedelt werden, mehr in den Fokus gerückt. Es gibt eine neue Mahnwache in Lützelath und die Waldbesetzung „Unser aller Wald“ in der Nähe. Nicht zu verpassen sind auch die Waldbesetzungen rund um die geplante A49. Es gab die Besetzung im „Herri“ und die im „Danni“, wo es aktuell häufig zu sehr hartem Vorgehen der Polizei kommt und bis dato mehrere Aktivist*innen schwer verletzt wurden.

Ein Rückblick

In Aachen macht die Klimabewegung schon länger auf sich aufmerksam. Letztes Jahr fand hier die internationale FFF-Demo mit 40.000 Besucher*innen statt. Dennoch ist die Klimabewegung nicht erst seit dem großen Streik in Aachen sehr laut und sichtbar, vielmehr war



Ende Gelände Aktivist*innen am Aachener Hauptbahnhof nach erfolgreichen Tagebaubesetzungen. (Bild: Tim Seger)

die Demo ein weiterer Höhepunkt. Ein Dreivierteljahr vorher gab es bereits am nahegelegenen Hambacher Forst die bislang größte Demonstration für den Erhalt des Waldes. Der Hambacher Forst selbst wird von einer politisch sehr breit aufgestellten Unterstützer*innen-Szene rund um die Besetzungen getragen. 2018 wurden die Rodungen im Hambacher Forst gerichtlich gestoppt, der Wald durfte nicht mehr gerodet werden. Auf politischer Ebene begann ein Ringen in der neuen „Kohlekommission“, wie es im Rheinischen Braunkohlerevier und mit dem Ab-

bau von Braunkohle in Deutschland allgemein weitergehen soll. Außenstehende würden jetzt vielleicht meinen, „die sollen sich doch jetzt damit zufrieden geben, der Wald kommt ja nicht weg“ - Für die Klimabewegung ist der Beschluss der Kohlekommission jedoch ein Schlag ins Gesicht und auch sonst geht es noch lange nicht so gut voran, dass eine Klimabewegung überflüssig wird.

Ende Gelände Aachen

¹ Black/Indigenous/People of Color

→ Fortsetzung von Seite 1: Interview - Waiting Island

Wie ist es jetzt, im neuen Camp?

Früher, in Moria, haben die Leute Paletten auf die Erde gelegt und darauf die Zelte aufgebaut. Aber jetzt haben wir keine Paletten mehr, weil alles verbrannt ist. Nur das Zelt, auf der Erde – wir haben viel Regen gehabt und all dieses Wasser läuft in die Zelte. Die Situation mit den Zelten ist also sehr schlecht.

Um zu duschen, gehen die Menschen an den Strand. Sie gehen mit Kleidung ins Wasser, um sich sauber zu machen. Es gibt nämlich keine Duschen.

Wasser gibt es auch nur wenig. Es ist jeden Tag nach zwei, drei Stunden alle. Dann haben wir den ganzen Tag kein Wasser.

Auch mit den Toiletten ist es sehr sehr schlimm, weil Plastiktoiletten aufgestellt wurden, die nur einmal am Tag gereinigt werden. Es gibt nicht viel Wasser und wird nicht richtig sauber. Für die Single People (siehe Kasten) ist es richtig schlimm. Bei den Familien ist es etwas besser.

„Wir sind 156 Leute im Zelt.“

Warum ist das so?

Ich wohne in einem der großen Zelte für Single People. Wir sind 156 Leute im Zelt. Wir schlafen in Hochbetten. Es ist sehr kalt, weil jetzt der Winter kommt. Außerdem ist es nicht sehr sauber mit so vielen Leuten, es stinkt und alles... Also bauen einige Leute sich auf dem Bett ein Zelt auf. Weil es sehr kalt ist und sie auch Angst haben, dass bei 150 Menschen vielleicht jemand kommt und ihnen das Handy klaut.

„Und dieses Essen ist richtig, richtig schlecht, manchmal auch verschimmelt.“

Täglich wird nur einmal Essen verteilt. Und dieses Essen ist richtig, richtig schlecht, manchmal auch verschimmelt. Einige Menschen essen nur Brot und Käse, kein anderes Essen wie Reis, weil es nicht fertig gekocht wird. Manche schmeißen das Essen einfach weg, weil nicht mal Öl oder so drin ist. Nur Reis und heißes Wasser.

Und oft gibt es keinen Strom. Weil der Strom sehr schwach ist. Also manchmal, wenn wir das Handy laden wollen und dann der Strom weg ist, kommt die Polizei: „Warum steckt ihr euer Handy an?“ Wir haben doch nichts – keine elektrischen Kocher, nichts, was viel verbraucht – wir laden nur unsere Handys. Am Anfang, als wir zuerst in dieses Camp kamen, gab es 3 Tage lang etwa 20 Stunden Strom. Jetzt reicht es nur ein paar Stunden, etwa von 7 Uhr abends bis 2 Uhr morgens.

Wie ist denn generell die Situation mit der Polizei?

Die Polizei sucht die ganze Zeit einen Grund, um schlecht mit den Menschen zu sprechen. Sie sagen: „Wo ist deine Maske? Warum kommst du hierher? Was machst du? Zieh deine Maske an!“ Aber wenn wir Corona haben, warum stecken sie dann 150 Leute in ein Zelt? Ist das nicht Corona? Nur wenn ich rumlaufe, ist das Corona? Das ist doch komisch. Bestimmt sucht die Polizei nur nach einem Grund, die Geflüchteten zu

hassen und sie anzuschreien.

Sie denken nämlich, „Geflüchtete haben Corona, okay, kein Problem wenn die zusammen sind, vielleicht kriegen noch mehr Corona, vielleicht sterben die im Camp, kein Problem“. Aber sie haben Angst um sich selbst, um die griechischen Leute, um die Polizei. „Wir sind die Polizei, wir sind seeehr wichtig“. Warum?

Jetzt öffnet um 8 Uhr morgens das Camp und die Leute kommen raus. Und um 8 Uhr abends schließt es. Gestern bin ich in die Stadt gegangen und habe mich gegen 7 Uhr abends auf den Rückweg gemacht. Ich bin den ganzen Weg gelaufen, weißt du, ich wollte auch nicht zu spät kommen. Aber ich musste Schlange stehen und bin erst um zwanzig nach acht am Eingang angekommen und die Polizisten sagten zu mir: „Warum kommst du zu spät? Hau ab!“ Wir sind vorm Camp geblieben und die Polizei sagte „Nein, haut ab“ und wir haben „Bitte, bitte“ gesagt. Erst nach einer Stunde durften wir rein.

„Wie viele Tage, wie viele Monate, wie viele Jahre warten wir nur in diesem Camp? Auf einfach nur eine Antwort!“

Willst du noch irgendwas erzählen?

Über den Asylprozess – zum Beispiel die Interview-Termine¹ und die Leute, die eine Ablehnung bekommen und auf ihre zweite Antwort warten. Es gibt zwei Zelte vor dem Camp, die EASO² heißen. Die Leute gehen dort hin, um Fragen zu stellen. Und immer wenn sie nach ihrem Termin fragen, ist die Antwort „EASO arbeitet immer noch nicht, warte zwei Wochen, einen Monat, noch zwei Wochen, ein Monat...“³

Zum Beispiel bin ich vor zwei Wochen zu EASO gegangen. Ich habe gesagt, ich will ein FMA⁴ für mich – das brauche ich zum Arbeiten, ich habe nämlich schon meine ID⁵. Aber sie haben mir gesagt, wenn ich im Camp wohne, dann muss ich dort fragen gehen. Aber wo soll ich hin? Welche Organisation soll ich fragen? Alle, die ich frage, sagen: „Das ist nicht unser Job“.

Also was können wir mit/in dieser Situation machen? Wie viele Tage, wie viele Monate, wie viele Jahre warten wir nur in diesem Camp? Auf einfach nur eine Antwort! Es ist wirklich schwierig. Ich sage das jetzt. Du hörst zu, vielleicht versuchst du dich in mich hineinzusetzen. Aber du musst hier leben, in diesem Camp. Nur dann kannst du es verstehen. Denn wirklich – es ist nicht gut hier für die Menschen. Für Menschen! Wir sind Menschen, nicht – Ich weiß nicht. Nicht mal Tiere werden so behandelt.

Wir alle, wir stehen jeden Tag Schlange, wir haben Fragen und bekommen nur gesagt, dass wir warten sollen. Am nächsten Tag wieder das selbe. Und all die Leute im Camp, sie haben kein Lächeln mehr, weißt du? Sie sind sehr traurig, sehr aufgebracht, sie sind wie Tote, weißt du? Sie haben keine Hoffnung, kein Leben. Sie glauben, ihr Leben ist vorbei. Wegen dieser Probleme fangen sie auch an, miteinander zu kämpfen. Weil sie glauben, das Leben ist vorbei.

Früher, in Moria, haben die Menschen noch



Ausgebrannter Wohncontainer in Moria. (Bild: Privat)

sechs Monate, nachdem sie ihre ID bekommen haben, weiter Geld bekommen⁶. Aber jetzt, wenn sie den blue stamp⁷ kriegen – nicht mal die ID – kriegen sie sofort kein Geld mehr. Und deshalb können sie nicht nach Athen, sie können nirgendwo hin, weil sie kein Geld haben. Manche Leute haben Familien, die ihnen Geld geben. Aber Leute wie ich – was kann ich tun? Für die Single People ist es vielleicht nicht so ein großes Problem, die können auf der Straße schlafen. Aber mit Babys – was soll man da machen?

Ich kenne eine Familie, die viele Babys und Kinder hat. Sie haben die ID bekommen. Und dann kommen griechische Leute, um den Namen für den Pass zu registrieren. Aber sie sagen, dass sie pro Person 100€ für den Pass wollen. Die Familie ist zu acht, sie haben kein Geld. Wie sollen sie ihre Pässe bekommen? Es ist nicht nur diese Familie, es gibt nicht nur eine solche Familie. Und es gibt viele andere Probleme. Wenn ich all diese Sachen erzähle, müssten wir viele Bücher über diese Menschen schreiben. Ich kann nicht von allem erzählen, denn manchmal gibt es keine Worte für etwas.

„Alle haben unterschiedliche und doch das selbe Problem.“

Wir haben also viele Probleme. Mit den Duschen, den Klos, den Prozessen, Informationen über das Interview und solche Dinge. Mit der Polizei, mit den Zelten. Mit den Kindern, Familien, Singles – alle haben unterschiedliche und doch das selbe Problem. Und dieses Camp, dieses Scheiß Camp, mit den Zelten so nah am Wasser und den kalten, kalten Nächten.

Ich habe all das erlebt. Was mit uns passiert, all diese lange Zeit. Manchmal sagen Leute zu mir: „du hast jetzt die ID, du hast den blue stamp, du hast Glück“, aber trotzdem – ich bekomme dieses Gefühl nicht. Ich stecke immer noch fest. Ich bin nicht glücklich, weil es nicht nur um mich geht. Es gibt 30.000 Geflüchtete in den Camps. Sie warten. Das hier ist die Insel des Wartens.

Am Ende will ich nur zu diesen Leuten sagen – den Leuten an der Macht – die nur an ihren

Tischen sitzen, sich die Geflüchteten und ihre Situation so angucken – Ich will sagen: Bitte, tut etwas Gutes für die Geflüchteten. Wirklich, wir können nicht mehr. Genug.

*Die Notlage von Geflüchteten ist keineswegs eine unvermeidbare Katastrophe. Es mangelt nicht an Ressourcen. Diese werden nur lieber für kostenintensive Grenzanlagen verwendet. Um Polizeibeamt*innen dafür zu bezahlen, Geflüchtete zu schikanieren. Um Lager zu Gefängnissen umzubauen. Für Drohnen, die Tag und Nacht über dem Camp kreisen. Essen, Gesundheitsversorgung, ein kleines bisschen Würde und die Perspektive, irgendwann einmal selbstständig entscheiden, arbeiten und leben zu können? Pah, das würde ja nur noch mehr Geflüchtete anlocken. Auf Lesbos zeigt sich immer wieder: Das Elend ist politisch gewollt und Teil der europäischen Abschottungspolitik.*

Das Interview wurde Ende Oktober 2020 geführt und vom Englischen ins Deutsche übersetzt. Danke für die Übersetzung von Farsi ins Englische an Mohamad.

Knit & Agitate

¹ Die Asyl-Anhörung • ² European Asylum Support Office, zuständig für den Asylprozess • ³ Nach dem Brand in Moria wurden Asylprozesse für einige Zeit pausiert. Auch sonst verläuft das Prozedere im Regelfall sehr schleppend. • ⁴ Steuernummer • ⁵ Bekommt man bei einem positivem Asylbescheid oder subsidiärem Schutz • ⁶ Während eines laufenden Asylprozesses bekommen die Asylbewerber*innen 90 € im Monat Unterstützung. Eine Mutter mit Kind bekommt insgesamt 150 €. • ⁷ Blue stamp: Erlaubnis, sich innerhalb Griechenlands frei zu bewegen. Geflüchtete mit einem laufenden Asylverfahren dürfen wegen des EU-Türkei-Deals die Insel nicht verlassen.

„Single People“ wird in diesem Text nicht übersetzt, weil der deutsche Begriff „alleinstehend“ als reine Beschreibung des Familienstandes der Situation nicht gerecht wird. „Single Men“ sind auf Lesbos zu einer Klasse geworden, der kaum Beachtung geschenkt wird, da Männer traditionell als weniger verletzlich und schutzbedürftig angesehen werden. Selbstverständlich ist es im Rahmen einer antisexistischen Praxis wichtig, Frauen* und LGBTQ*-Geflüchtete zu unterstützen, ihre besonderen Probleme und Unterdrückung hervorzuheben und anzugreifen. Dazu gehört auch, das Problem männlicher Gewalt in den Lagern zu thematisieren. Häufig werden jedoch männliche Geflüchtete generell antagonisiert und dämonisiert, um ihnen auch noch jedes klägliche bisschen Menschenrechte, das Geflüchteten noch bleibt, zu versagen.

Im medialen Blick sind Männer schlicht nicht so mitleiderregend und bringen weniger Klicks ein, teils werden sie gar als eine Bedrohung für die gesamte europäische Gesellschaft dargestellt. Deshalb fallen sie oft hintenüber. Nach dem Brand in Moria nahmen viele Länder ausschließlich als „weniger bedrohlich“ wahrgenommene Personen, sprich Frauen* und Kinder, auf – dies lässt sich schließlich vor rechtsnationalen, konservativen Wähler*innen besser als ein humanitärer Akt verkaufen. Nicht nur ist aber die Darstellung von Frauen* als schwach, wehrlos etc. zutiefst sexistisch, sie bringt auch die rassistische Aufspaltung in „gute“ und „schlechte“ Geflüchtete mit sich. Eine individuelle Prüfung der Fluchtgründe tritt häufig hinter die Einordnung in die Klasse „Single Men“ zurück – Perspektivlosigkeit, Knast, Abschiebung und Tod sind die Folge. Achtung, liebe „Meninists“: Diese Einschätzung ist NICHT ohne weiteres auf andere Zusammenhänge übertragbar und du kannst sie NICHT benutzen, um zu behaupten, dass Männer es im Allgemeinen viel viel schwerer haben, um Jahrhunderte patriarchaler Unterdrückung zu relativieren oder um irgendwelche verqueren Reversed-Sexism-Theorien zu vertreten.

Song-Tipp: Mohamad, der für dieses Interview als Übersetzer geholfen hat, hat seine Erfahrungen auf Lesbos in einem Lied verarbeitet. „Dead Rabbits“ könnt ihr euch auf Youtube angucken, das Musikvideo wurde vor der eindrucksvollen Kulisse des verbrannten Moria gedreht. Ein Interview mit Mohammad selbst könnt ihr hier lesen: <https://enoughisenough14.org/2020/11/02/apropos-moria-interview-with-mo/>



Moria 2.0. (Bild: Privat)

Die ZUE Düren-Gürzenich

Ein Lager vor unserer Haustür



Kundgebung am 19. Juni 2020 vor der ZUE Düren-Gürzenich. (Bild: AK Antifa Aachen)

Ein Lager mitten im Wald gelegen, weit ab von jeder Bebauung, umgeben von einem hohen Zaun, oben abgeschlossen mit Stacheldraht, eine geschlossene Schranke mit einem Wachhäuschen, in dem Angehörige einer Sicherheitsfirma Dienst tun – Zutritt nur nach vorher eingeholter Genehmigung - Fotografieren strengstens verboten!

Das ist aktuelle Realität in Deutschland, mitten unter uns im Jahre 2020, und zwar in Düren-Gürzenich, weit außerhalb des Ortes mitten im Wald in einer ehemaligen britischen Kaserne, ganz in der Nähe eines Golfplatzes und eines Tennisclubs.

Die Bezirksregierung in Köln leitet die „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) in Düren-Gürzenich und ist mit mehreren Mitarbeiter*innen auch vor Ort. Sie hat die Versorgung und Betreuung der Asylsuchenden dem Malteser Hilfsdienst übertragen. Mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsdienst wurde die evangelische Gemeinde in Düren beauftragt. Für die Sicherheit der Einrichtung sorgt ein privater Sicherheitsdienst.

Die ZUE in Düren-Gürzenich wurde ursprünglich für maximal 800 Personen errichtet und ist damit neben der ZUE in Wegberg die größte in NRW. Belegt ist sie allerdings im Augenblick auf Grund der Corona-Pandemie nur mit circa 500 Geflüchteten. Trotzdem sind die Bewohner*innen immer noch in Mehrbettzimmern mit zweistöckigen Hochbetten untergebracht, getrennt nach Familien, Frauen und Männern. Wo und mit wem sie zusammen wohnen, darauf haben sie keinen Einfluss. Bei der räumlichen Enge in den Zimmern und bei der gemeinsamen Nutzung der Duschen und der Toiletten sind die vorgeschriebenen Abstandsregeln kaum einzuhalten, so dass die Angst vor einer Infizierung mit dem Corona-Virus riesengroß ist.

„Wir fordern die Schließung der Massenunterkünfte und eine dezentrale Unterbringung der Bewohner*innen!“

Deshalb haben wir am 19. Juni 2020 vor der ZUE in Gürzenich eine Protestkundgebung abgehalten, um unsere Solidarität mit den Bewohner*innen zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig forderten wir die Schließung derartiger Massenunterkünfte, besonders auch wegen

der Gefährdung durch die Corona-Pandemie, und die dezentrale Unterbringung der Bewohner*innen in Kommunen.

In NRW gibt es insgesamt 33 dieser zentralen Unterbringungseinrichtungen, die nach 2015 im Zuge der politischen Rechts- und Ordnungsdebatte geschaffen wurden, als Zwischenstationen zwischen den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Kommunen. Anfangs, im Herbst 2015, wurden die Asylsuchenden noch direkt von den Erstaufnahmeeinrichtungen den Gemeinden zugeteilt, wo sie in Sammelunterkünften untergebracht wurden und dort unmittelbar von Ehrenamtler*innen betreut wurden. Heute werden sie stattdessen in den ZUEs in weitgehender Isolation von der restlichen Bevölkerung „zwischenlagert“, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist und sie dann endgültig einer Kommune zugewiesen oder aber in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Die Abschiebungen erfolgen meist in der Nacht, so dass sie von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden.

Der Kontakt der Bewohner*innen zur Außenwelt ist in den ZUEs stark eingeschränkt. Sie sind von dem normalen Leben völlig abgeschnitten und haben auf Grund der abgeschiedenen Lage, mitten im Wald weit ab von der Ortschaft, Gürzenich kaum Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Obwohl sie die Unterkunft tagsüber verlassen können, fühlen sie sich auf Grund der äußeren Bedingungen wie in einem Lager isoliert.

Das gesetzlich vorgeschriebene Beratungsrecht der Asylsuchenden nimmt in der ZUE Düren-Gürzenich die Beratungsstelle der evangelischen Gemeinde Düren wahr, die viermal in der Woche von 11 – 15 Uhr eine offene Beratung durchführt. Durch diese Beratung erhalten die Asylsuchenden auch Zugang zur rechtlichen Klage, die von der Beratungsstelle selbst aufgesetzt und eingereicht wird, zumal der Kontakt zu Rechtsanwält*innen für die Bewohner*innen kaum möglich ist. Aber auch bei aufschiebender Wirkung der Klage gibt es immer wieder willkürliche Verzögerungen der Zuweisungen, auch das wieder ein eindeutiger Rechtsmissbrauch. Für die Bewohner*innen gibt es in der ZUE außerdem zahlreiche Verbote, die die von uns gewählte Bezeichnung „Lager“ durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. Es besteht ein generelles Arbeitsverbot, und die Kinder dürfen

nicht zur Schule gehen. Die Schulpflicht ist für sie aufgehoben, ein rechtlich außerordentlich zweifelhaftes Verbot, denn die Kinder müssen ggf. sechs Monate auf ihr Recht auf schulische Bildung zwangsweise verzichten. Außerdem dürfen die Bewohner*innen nicht selbst kochen, müssen also auf das aus ihren Heimatländern gewohnte Essen verzichten. Versorgt werden sie zu allen Mahlzeiten in der Kantine durch die Lagerküche. Der Alltag verläuft in der ZUE völlig eintönig und sinnentleert. Es gibt keine Arbeit, keine Beschäftigung, keinen Unterricht, also keinerlei Abwechslung. Man verbringt die Zeit mit dem Warten auf die lebenswichtige Entscheidung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den Asylantrag, und wenn sie dann erfolgt ist, wartet man darauf, was danach mit einem geschieht. Den Geflüchteten wird auf diese Weise weitere wertvolle Lebenszeit gestohlen.

Darüber hinaus sind die Bewohner*innen der ZUE nicht krankenversichert, sie haben nur Anspruch auf eine ärztliche Notversorgung. Sprechstunden gibt es in der Sanitätsstation vor Ort zweimal in der Woche durch einen Hausarzt, einmal wöchentlich durch eine Kinderärztin und eine Hebamme. Sie müssen die Notwendigkeit einer fachärztlichen Behandlung bescheinigen.

Das Leben in einer ZUE ist für die Bewohner*innen erheblich eingeschränkt und durch Verbote stark reglementiert, ein Zustand, der zu unserer Vorstellung von einem menschenwürdigen Umgang mit geflüchteten Menschen in totalem Widerspruch steht. Durch die lagerartige Unterbringung wird der psychische Druck auf die Bewohner*innen noch erhöht und damit auch die Suizidgefahr. Es besteht zwar eine Zusammenarbeit mit der psychiatrischen Klinik LVR Düren, aber es gibt viel zu viele psychisch erkrankte und traumatisierte Personen, die dringend professionelle Hilfe brauchen.

Vor dem Hintergrund dieser unmenschlichen Verhältnisse in den ZUEs ist die politische Forderung nach der sofortigen Schließung dieser Gemeinschaftsunterkünfte zwingend notwendig, weil in diesen Einrichtungen die Würde der dort lebenden Menschen massiv mit Füßen getreten wird!

Bürger*innenasyl Aachen

Die Initiative Bürger*innenasyl in Aachen stellt sich vor:

In mehreren Städten haben sich Initiativen gegründet, die öffentlich ihre Bereitschaft ankündigen, Geflüchtete vor der Abschiebung in ihre Herkunftsländer oder vor Rücküberführungen nach dem Dublinverfahren zu schützen. Der Schutz dieser Menschen vor einer erzwungenen Rückkehr in Krieg, Elend und Verfolgung wird durch die Bereitstellung von privatem Wohnraum aus der aktiven Zivilgesellschaft erreicht. Auf diesem Weg erklären wir privaten Wohnraum zu einem Schutzraum.

Es geht darum allen Schutz zu gewähren, die ihn brauchen. Wir glauben fest daran, dass Menschen, die ihr Zuhause verlassen, um in ein anderes Land zu fliehen, gute Gründe dafür haben.

Auch in Aachen gibt es eine Gruppe, die das Bürger*innenasyl organisiert und unterstützt.

Wenn sich in vielen Städten Tausende an ähnlichen Initiativen beteiligen, wird es politisch unmöglich werden, die üblichen, unmenschlichen Abschiebepraktiken weiter durchzusetzen. Das verstehen wir als Ausdruck einer neuen Bürgerrechtsbewegung der Solidarität. Wir verfolgen das Ziel einer offenen, solidarischen Gesellschaft. Für ein menschliches Bleiberecht für alle!

Wenn ihr mitmachen oder unterstützen möchtet, meldet euch gerne bei uns!

Mailadresse:

b_asyl_ac@riseup.net

Blog:

buergerinnenasylaachen.noblogs.org/

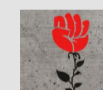


Das könnte dich auch interessieren:



Aachen besetzen

aachenbesetzen.noblogs.org



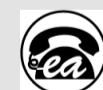
Antirepressionsgruppe Aachen

antirepac.noblogs.org



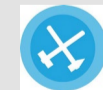
Autonomes Zentrum Aachen

az-aachen.de



EA Aachen

nadir.org/nadir/initiativ/ermittlungsausschuss/aachen.html



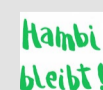
Ende Gelände

ende-gelaende.org



Fridays For Future Aachen

rebrand.ly/FFF_AC_Infos



Hambi bleibt

hambacherforst.org

Flachwitze mit Torben

Warum schläft der Corona-Rebell nur noch ohne Kopfkissen?

→ Auflösung auf Seite 9

→ Fortsetzung von S. 1: Aachen hat jetzt eine Bürgermeisterin. Sie wird sich aus unserer Sicht daran messen lassen müssen, wie sie sich beispielsweise zu den lokalen Neonazis, dem Rassismus und den rechten Umtrieben in der Polizei und zu der Auto versuchten Innenstadt verhalten wird. Aber natürlich auch zu den häufigen sexualisierten Übergriffen im Aachener Nachtleben oder auch zur RWTH, der immer wieder (Mit-) Forschungen für die Rüstungsindustrie unterstellt wird und auch zu dem zum Ende 2022 auslaufenden Mietvertrag des Autonomen Zentrums.

Wir denken nicht, dass, selbst wenn Frau Keupen sich zu all dem angemessen kritisch und solidarisch verhalten wird, sie eine angemessene Repräsentantin für intersektional diskriminierte Frauen* sein wird, weil sie eben eine privilegierte, Weiße, able-bodied¹, Cis-Frau mit hohem Prestige ist und zusätzlich ihr, selbst wenn sie das alles versuchen wird, ein Verwaltungs- und Regierungsapparat entgegensteht, der dies aus unserer Sicht verunmöglichen wird. Wahre Größe wird sie dann zeigen können, indem sie dies öffentlich nachvollziehbar darlegen wird. Wir glauben aus unseren alltäglichen Erfahrungen heraus nicht, dass wir darauf hoffen können oder sollten, dass mit Frau Keupen ernstzunehmende Verbesserungen realisiert werden. Feminismus, ist für uns genauso wie Antifaschismus Handarbeit und wird es in diesen politischen Umständen auch immer bleiben. Wir bleiben gewohnt skeptisch, aber gespannt.

Knit & Agitate

¹ In der breiten Gesellschaft als „gesunden“ Menschen verstanden, also Menschen ohne körperliche, geistige oder psychische Behinderung.

Protestkultur in Aachen

05. Dezember: Aktivist*innen besetzen einen Baum am Markt in Solidarität mit der Besetzung im Dannenröder Wald. „We Are Nature Defending Itself“ heißt es auf einem Transpi.

25. November: Kundgebung am Elisenbrunnen anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen* unter dem Motto: „Wandle Wut, Trauer & Angst in Widerstand“.

18. November: Spontandemonstration am Elisenbrunnen gegen die Polizeigewalt im Dannenröder Forst. Einige Aktivist*innen hängen Banner in den Bäumen auf.

14. November: Gegenkundgebung unter dem Motto: „Heute raus auf die Straße gegen Querdenken 241!“

9. November: Gedenken an die Pogromnacht 1938 vor der Synagoge in Aachen. Circa 200 Menschen versammeln sich, es gibt Redebeiträge und Musik. Die Stimmung ist wie jedes Jahr sehr emotional.

1. November: Graffiti am Pariser Ring mit Bezug auf das Polizeiproblem in Deutschland taucht auf: „Never Trust A Cop“.

31. Oktober: Etwa 120 Menschen demonstrieren am Elisenbrunnen für das Ende von Korruption und Polizeigewalt in Nigeria.

30. Oktober: Fahrraddemo in Aachen für den Erhalt des Dannenröder Waldes.

16. Oktober: In Solidarität mit den Kämpfen im Dannenröder Wald wird ein „Danni Bleibt“-Banner an einer Kirche in der Aachener Innenstadt aufgehängt. Das Waldgebiet ist seit Oktober 2019 von Umweltaktivist*innen besetzt, um eine Rodung für die Erweiterung der A49 zu verhindern.

12. Oktober: An der Osthalle taucht ein Graffiti in Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht auf: „Refugees Welcome, Unsere Herzen brennen!“

→ Fortsetzung auf Seite 9

Recht auf Stadt und Klimaschutz zusammendenken!

An vielen Orten gibt es mittlerweile Initiativen und Netzwerke, die sich für eine klimagerechte Zukunft oder das Recht auf Stadt einsetzen. In vielen Fällen arbeiten sie jedoch nicht zusammen oder kennen sich nicht mal. Das ist ein Fehler. Wir denken, dass beide Themen so eng miteinander verknüpft sind, dass sie nur zusammengedacht werden können, um in der Zukunft erfolgreicher zu sein.

Das „Recht auf Stadt“ beschreibt das Recht für alle, die Stadt mitzugestalten. Das Recht auf Stadt fordert eine Stadt, die so gebaut wird, dass sie allen Bewohner:innen zugutekommt. Alle sollen eine angemessene bezahlbare Wohnung haben, mobil sein und Zugang zu guter Bildung, Medizin, Kultur und Erholungsmöglichkeiten bekommen. Die Stadtentwicklung sollte sich an den Bedürfnissen ihrer Bewohner:innen orientieren und solidarische Zusammenarbeit fördern statt weiterhin profitgesteuerten Unternehmen den roten Teppich auszurollen. In den letzten Jahrzehnten orientiert sich Stadtentwicklung immer stärker an einer rein wirtschaftlichen Perspektive. Mietpreise und Bodenpreise explodieren. Ticketpreise für den ÖPNV steigen. Während hochqualitative medizinische Versorgung nicht mehr Standard ist, sondern immer stärker davon abhängt, wie viel du bereit bist zu bezahlen, hängt der Zugang zu guter Bildung immer mehr vom Wohnort ab. In Wohnlagen für Wohlhabende wird investiert und sozial schwache werden Gegenden vernachlässigt. Gleichzeitig verschwindet unkommerzielle Kultur aus dem Stadtbild und es gibt kaum noch Plätze, wo du nicht bezahlen oder etwas kaufen musst, um zu bleiben.

Kurz gesagt: Die Stadt wird nicht mehr als Lebensraum betrachtet, sondern als Unternehmen. Die Lebensqualität der Bewohner:innen hängt von der Höhe des Lohns ab. Wer sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten kann, muss wegziehen. Wege werden dann länger, die Zeit für Persönliches kürzer, die Versorgung mit sozialer Infrastruktur schlechter und die Chance auf eine Verbesserung der Lebensumstände immer kleiner. Soziale Ungleichheit verschärft sich dadurch von Tag zu Tag. Die Forderung nach dem „Recht auf Stadt“ ist eine Antwort auf diese Entwicklung. Die Zerrissenheit zwischen weltweitem Rechtsruck und immer stärkeren Protesten für soziale Gerechtigkeit zeigen uns, wie dringend notwendig so eine Antwort ist.

Soziale Ungleichheit verschärft sich von Tag zu Tag. Die Forderung nach dem „Recht auf Stadt“ ist eine Antwort auf diese Entwicklung.

Gleichzeitig ist die Stadt einer der Haupt-schauplätze der Klimaerwärmung. Von nah

und fern kommend, schieben sich jeden Tag Blechlawinen durch die Straßen und verpesteten die Luft. An jeder Ecke ein Supermarkt mit Lebensmitteln, von denen ein Drittel auf dem Müll landet. Läden vollgestopft mit Waren, die vorher um die ganze Welt gereist sind. Anstelle von Wiesen und Wäldern entstehen gigantische Bauprojekte die Unmengen an Beton, Glas oder Stahl verschlingen. Für Industriegebiete und Einfamilienhäuser wird Quadratmeter um Quadratmeter mit Teer versiegelt. Tausende Häuser, die alle mit nicht-erneuerbarer Energie versorgt werden. Und so weiter... Auch hier können wir feststellen, dass die wirtschaftliche Perspektive viel mehr Einfluss hat als der Schutz der Umwelt und des Klimas. Der immer spürbarere Klimawandel und seine zerstörerischen Folgen führen uns jeden Tag vor Augen, dass wir, die Menschheit, so nicht weiter wirtschaften können. Also was tun?

Der immer spürbarere Klimawandel und seine zerstörerischen Folgen führen uns jeden Tag vor Augen, dass wir, die Menschheit, so nicht weiter wirtschaften können. Also was tun?

Während immer mehr Vorschläge für eine klimafreundliche Stadt ausprobiert werden, wird die soziale Gerechtigkeit vernachlässigt. Wir denken jedoch, dass beide Themen zusammengedacht werden müssen, um erfolgreich zu sein. Wer mehr Menschen in den ÖPNV bekommen will, muss auch für Bezahlbarkeit und Erreichbarkeit für Alle sorgen. Wenn Individualverkehr verhindert werden soll, braucht es Wohnungen aller Größen in der Nähe von Arbeitsplätzen,

Läden, Schulen, Krankenhäusern und Erholungsgebieten. Gleichberechtigte Versorgung mit sozialer Infrastruktur müsste Standard sein, anstatt Luxus für diejenigen, die sich die Wohnungen in guten Lagen leisten können. Um Flächenversiegelung zu verhindern braucht es eine dauerhafte Lösung für Wohnraum und Gewerbegebiete. Der heutige Normalzustand mit befristeten Sozialwohnungen, wachsenden Einfamilienhaussiedlungen und ständig neuen Bürogebäuden müsste sich wandeln, hin zu gut ausgestatteten, gemeinschaftsfördernden Siedlungen, mit einer Mischung aus bezahlbarem Wohnen und Arbeiten. Um Ressourcenverschwendung zu stoppen, müssen wir über Recycling, Leihen und Teilen sowie über ein solidarisches Verhältnis zwischen Stadt und Land sprechen. Repair-Cafes, FoodCoops und solidarische Landwirtschaften geben uns nur einen Vorgeschmack. Damit diese Versuche den gewünschten Effekt haben, müssen sie flächendeckend umgesetzt werden. In den Städten bräuchte es dafür politischen Willen und beständige, verlässliche Netzwerke in allen Nachbarschaften. Da heutzutage ganze Bevölkerungsgruppen von Verdrängung durch steigende Mieten bedroht sind, ist der Aufbau solcher Netzwerke leider sehr schwer. Sollte es dennoch gelingen, stehen sie dem immer wachsenden Einfluss von Unternehmen und ihren Lobbys gegenüber. Die dauerhaften Mietsteigerungen müssen also gestoppt werden und der Bevölkerung solche Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden, wie sie die „Recht auf Stadt“-Bewegung fordert.

Wir sehen, wie eng die Forderungen und Ideen der Klimabewegung und der Recht auf Stadt Bewegung miteinander verbunden sind. Wir rufen deswegen dazu auf die Themen zusammen zu denken und gemeinsam für die Umsetzung unserer Forderungen zu kämpfen. Sei es in der Wissenschaft, in den Parlamenten, in Initiativen oder bei Protestbewegungen auf der Straße.

Nicht nur weil der Klimawandel uns die Suche nach alternativen Systemen aufzwingt, sondern weil eine bessere Zukunft für alle auf uns wartet. Holen wir sie uns!

Recht auf Stadt Aachen



Stadt für Alle. (Illustration von Recht auf Stadt Aachen)

Campus West

Die Wohnungsfrage mitdenken



Reihe von Häusern am Campus West. (Bild: Privat)

Im November konnten sich die Bewohner:innen¹ Aachens die Pläne für den Campus West anschauen und kommentieren. Dabei geht es darum, wie das Gelände am Bahnhof West bebaut werden soll. Diese Frage wird vor allem für diejenigen wichtig sein, die auf dem Campus West lernen, forschen und arbeiten sollen. Was bei dieser Diskussion bisher allerdings vernachlässigt wurde, ist, welchen Effekt der Campus West für den Rest von Aachen haben wird. Das Einzige, was bei den meisten ankommt, ist, dass wir uns freuen dürfen, mit Campus Melaten und West bald den größten Forschungscampus Europas in der Stadt zu haben. Das Ziel ist, große Unternehmen und hochqualifizierte Arbeitskräfte anzulocken. Insgesamt sollen dadurch 10.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Das bedeutet viele neue Gesichter in Aachen. Wegen dem angespannten Wohnungsmarkt sollten wir uns dringend fragen, wo sie alle unterkommen sollen.

Die RWTH gibt auf diese Frage keine Antwort. Während für den Campus Melaten gar keine Wohnungen gebaut wurden, werden es für den Campus West circa 800 Wohnungen. Davon sind aber nur knapp 100 Wohnungen mit 6 €/qm bezahlbar. Der Rest wird bis zu 20 €/qm Miete kosten oder für bis zu 8000 €/qm als Eigentum verkauft. Das bedeutet erstens rein rechnerisch, dass nur ein kleiner Teil der 10.000 neuen Arbeitskräfte und Studierenden dort eine Wohnung finden kann. Zweitens, dass besonders diejenigen, die sich keine hohen Mieten leisten können, sich andere Wohnungen su-

chen müssen. In einigen RWTH-Wohnheimen müssen Studierende aktuell beispielsweise nur knapp 200 € Miete bezahlen. Da aber die RWTH viel zu wenige Wohnheimplätze anbietet, müssen viele auf den freien Wohnungsmarkt ausweichen. Dort stehen sie in Konkurrenz zu allen Aachener:innen, die auch auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen sind. Und das werden von Jahr zu Jahr mehr!

Der geplante Campus West könnte gravierende Folgen für den Aachener Wohnungsmarkt haben.

Diese Situation hat verschiedene Auswirkungen auf den Wohnraum in Aachen. Einerseits können Studierende häufig höhere Mieten bezahlen als Renter:innen, Geflüchtete oder Alleinerziehende. Deswegen fokussieren sich Investor:innen immer stärker auf sie. Mittlerweile kommen Investor:innen aus aller Welt nach Aachen, um private Studierenden-Wohnheime mit Mieten zu Höchstpreisen zu bauen. Sei es auf dem Gelände des Campus West, am Theaterplatz, in der Bastei oder in der Beverstraße. Zusätzlich treiben überall Vermieter:innen die Mieten hoch, da sie davon ausgehen können, dass es immer einen Studi in Not geben wird, der die Wohnung bezahlt. Das beste Beispiel findet sich direkt neben Campus Melaten: Auf der Hörn sind die Mieten zwischen 2013 und 2018 um 32 % gestiegen. Nur im Stadtteil Kronenberg ist die Miete im gleichen Zeitraum stärker gestiegen.

Mieter:innen werden vergessen und Investor:innen gefördert

Diese Entwicklung passiert also nicht erst seit gestern und die Stadt schaut zu. Statt mit dem städtischen Immobilien-Unternehmen Gewoge am Campus West eigene, bezahlbare Wohnungen zu bauen, wurde das Gelände 15 Investor:innen übergeben, die jetzt mit Förderung aus Steuergeldern teure Wohnungen bauen. Außerdem beinhaltet keines der genannten privaten Studi-Wohnheime den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil von 40 % Sozialwohnungsbau. Genehmigt wurden sie trotzdem.

Mieter:innen werden vergessen und Investor:innen gefördert. Der Effekt ist mittlerweile in ganz Aachen spürbar! Überall explodieren die Mieten und bezahlbare Wohnungen werden Jahr für Jahr knapper. Solange die RWTH weiterhin ungebremst Studierende und Arbeitskräfte nach Aachen holt, ohne eigene Wohnheime anzubieten, wird sich diese Entwicklung fortsetzen! Solange die Wohnungsfrage bei den Campus Projekten nicht geklärt ist, werden die Mieten in Aachen weiter hochgetrieben!

Wir fordern die RWTH auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und selbst für bezahlbare Unterbringungen zu sorgen! Wir fordern die Stadt auf, die Wohnungsnot endlich ernst zu nehmen. Wir fordern:

Dass das Campus Projekt erst abgesegnet wird, wenn geklärt ist, wo die neuen Arbeitskräfte und Studierenden wohnen sollen!

Dass kein preistreibender Effekt auf den Wohnungsmarkt entsteht!

PS: Natürlich sind die RWTH und ihre Großprojekte nicht die einzigen Gründe für die explodierenden Mieten in Aachen. Es braucht dringend, auf allen politischen Ebenen, mehr Bemühungen, Mieten zu senken und bezahlbaren Wohnraum langfristig bereitzustellen. Das Ziel muss sein, dass unser Grundbedürfnis Wohnraum keine Ware mehr ist! Wohnraum ist Menschenrecht!

Kommentar von Recht auf Stadt Aachen

Kommentar

Und dann ging plötzlich alles in Flammen auf

Von der Räumung der Liebig 34 und was das mit Aachen zu tun hat

Als feministische Aktivistin möchte ich die Stadt, in der immer mal wieder Solitranspis für den Erhalt der Liebig 34 auftauchten, darüber ins Bild setzen, was alles am und um den Räumungstermin am 09.10.2020 in Berlin passierte. Da dies ein kurzer Kommentar sein soll, sind hier nur die Eckdaten aufgelistet. Wer sich umfassend informieren möchte, sucht besser im Internet auf entsprechenden Seiten.

Wie von der Polizei und dem Gerichtsvollzieher angedroht, wurde die Liebig 34 an diesem Tag geräumt. 57 Aktivist*innen wurden aus dem Haus geräumt, insgesamt wurden 40 weitere Personen festgenommen. Über 30 Jahre war das berühmt berüchtigte Haus belebt, seit 25 Jahren Cis-Männer frei, was mehr Notwendigkeit, Selbstschutz und Empowerment in einer patriarchal geprägten Gesellschaft war, als alles andere. Über 2.500 Polizist*innen, darunter BFE- und SEK-Einheiten, waren nötig um die Räumung durchzusetzen. Deshalb ist die kritische Frage nach der Verhältnismäßigkeit absolut berechtigt. Vor und nach der Räumung gab es in Solidarität mit den Aktivist*innen und Bewohner*innen des Berliner Nordkieses einige Aktionen und Demonstrationen. Menschen sind verärgert über die Umsetzung der Räumung und die Methoden, die scharf zu kritisieren sind.

Seit der Räumung gibt es einige Berichte über Arbeiter von Padovic (der Immobilieninvestor, der dieses und viele weitere Häuser aufkaufte und mit anderen Unternehmen wie „Deutsche Wohnen“ und „Vonovia“ stark zur Gentrifizierung und Unbewohnbarkeit der Kieze beiträgt), die Menschen rund um die Liebig 34 angriffen. Am 22.10.2020 brannte der aufgetürmte Hausrat direkt vor dem Haus nieder. Es gibt viele Gerüchte, vor allem zum Hausbrand, aber eines ist klar: das Haus ist spätestens jetzt unbewohnbar und das, obwohl die antifeministischen Zustände auf der ganzen Welt weiter anwachsen. Wohnprojekte wie dieses, werden nie an Notwendigkeit verlieren und so sind es die Erinnerungen an solche freien Räume, die uns die Relevanz für deren Erhalt und Neuentstehung erkennen lassen sollten. Ist diese Relevanz auch Menschen in Aachen bewusst? Ich für meinen Teil vermisse hier solche Freiräume stark...

Eine Aktivistin



Solibild für den Erhalt der Liebig 34. (Bild: Privat)

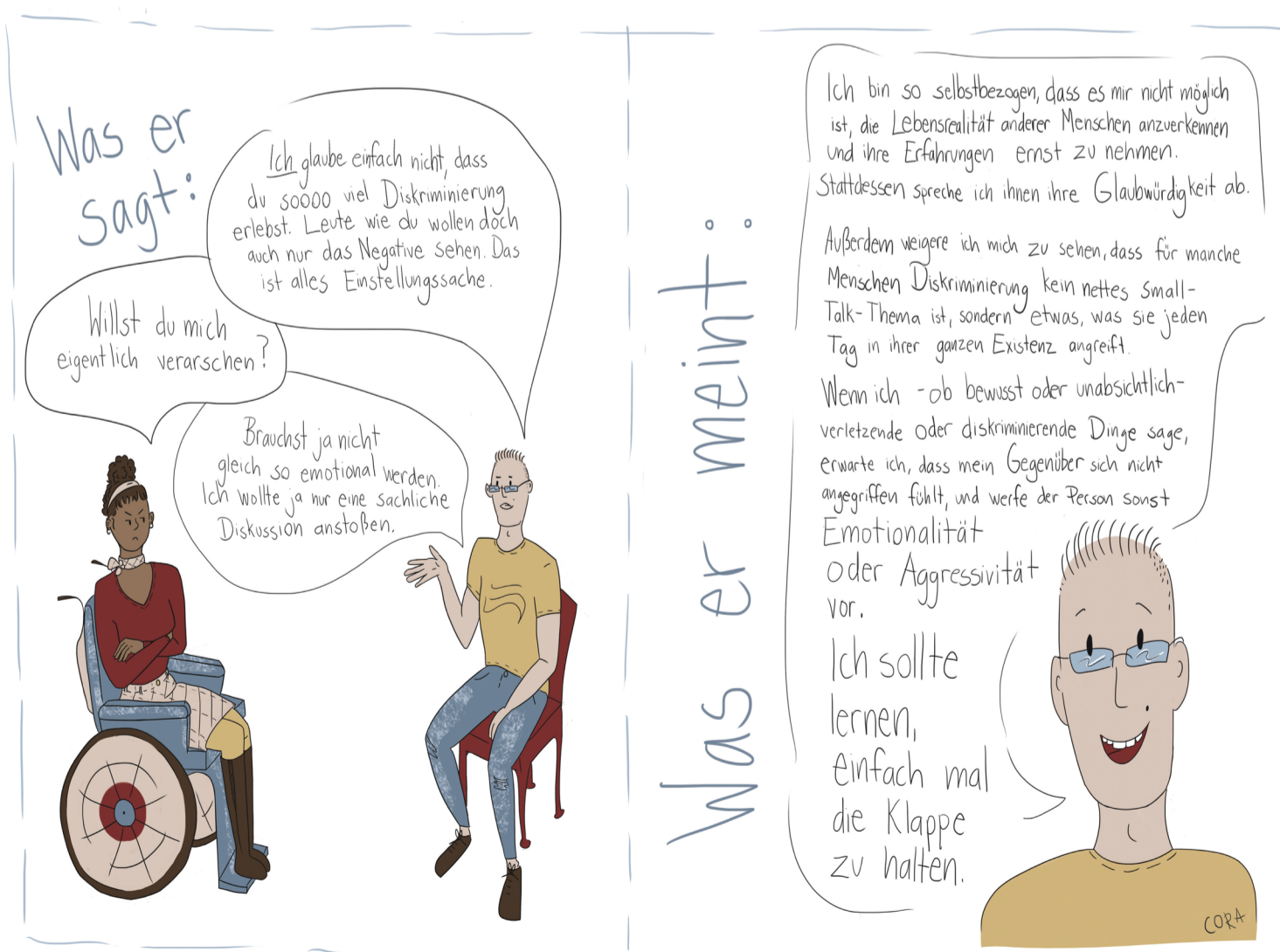
Ach übrigens

Nachtrag zur Veranstaltung mit Daniele Ganser

In der zweiten Ausgabe der Tacheles haben wir den Eurogress dazu aufgefordert, die verschwörungsideologische Veranstaltung am 9. November 2020 mit Daniele Ganser abzusagen. Diese Veranstaltung wurde aufgrund von Corona auf den 15. November 2021 verschoben. Unsere Forderung an den Eurogress, diese Veranstaltung abzusagen, bleibt dennoch bestehen.

Diskursiv Aachen

¹In diesem Text wird mit einem Doppelpunkt gegendert. Diese Art zu Gendern wird als barrierefreier gesehen, da Programme zum Vorlesen das flüssiger aussprechen.



Von Jägern, Bärten und Männlichkeitsbeschwörungsritualen

Im ‚Frankenberger Barber Club‘ treffen sich „Männer, die auch mal unter sich sein wollen“

Bei Bart- und Kopfschur, Bier, Playboy und „Männergesprächen“ (Lokalzeit Aachen) sollen die Kunden „einfach mal die Seele baumeln“ lassen können – und dafür ist die Abwesenheit von Frauen zwingend erforderlich, so Inhaber und Chef-Coiffeur Pascal Jahn mit süffisanten Grinsen: „Sobald hier ne Frau ins Spiel kommt, ändern sich die Männer. Die Charaktere verändern sich, die sind dann wie Jäger, das ist irgendwie ganz komisch.“ Das Ganze sei aber mehr als „Alkohol und Mettbrötchen, das Haarschneiden“, ebenso wichtig sei die mittlerweile entstandene Gemeinschaft. Ein Kunde schwärmt: „Ich bin Diplomingenieur, wir ham nen Professor dabei, Arbeitslose – alles ist egal.“ (Mann TV). Die klassenlose Gesellschaft existiert also längst, im Bart-Refugium, das alle sozialen Unterschiede über die Zuordnung zum männlichen Geschlecht einebnet. Ein Kunde stellt selig lächelnd fest, im Barber Club laufe es endlich mal „nach der alten Tradition“ ab (Lokalzeit Aachen), ohne zu erklären, was er damit meint: Die ‚traditionellen‘ Barbierkünste des Meisters? Die Aufmachung von Laden und Leuten, die wirkt, als stamme sie aus einer Rockabilly-Ausgabe des Manufactum-Katalogs? Craftbeer, Bluejeans, gekrempelte Hemdsärmel, Retro-Verpackungen, wuchtiges Holz, glänzendes Metall – alles atmet Kernig- und Kerligkeit. Oder das Türschild, das Hunden den Zutritt gestattet („Ich darf rein!“) und ihn Frauen¹ in direkter Gegenüberstellung untersagt („Ich nicht!“)?

Die klassenlose Gesellschaft existiert also längst, im Bart-Refugium, das alle sozialen Unterschiede über die Zuordnung zum männlichen Geschlecht einebnet.

Jahn, früher in ‚Damensalons‘ tätig, schildert die prekäre Lage des kosmetisch vernachlässigten, an den Rand des Friseursalons gedrängten Mannes: „Aber der Mann war irgendwie immer im Hintergrund. Der wurde halt immer mal dazwischengeschoben wenn die Einwirkzeit gewesen ist von den Farben oder die Dauerwelle gedreht wurde oder Strähnchen gemacht – der Mann wurde immer nur so ne halbe Stunde abgefertigt.“ (Mann TV) Wer kennt sie nicht, die Scharen mit der Unterlippe zitternder Männer, die sich verstohlen und unfrisiert zwischen Frisierstuhl und Waschbecken herumdrücken? Schwerer wiegt jedoch Jahns Perspektive auf die Zumutungen durch seine ehemals weibliche Kundschaft: „Dieses ganze Gequake...ja...dieser...ich weiß nicht, wie ich's ausdrücken soll, ohne vulgär zu werden, aber dieser Bullshit,



Eingangstür des ‚Frankenberger Barber Clubs‘. (Bild: Privat)

den ich mir manchmal reinziehen musste, ja den hab ich hier nicht. Für mich ist das hier mein Man cave, meine Entspannung. Kein Stress.“ (Lokalzeit Aachen) Frauen kommen in dieser Man cave nur als aufdringliches Balzverhalten à la ‚Jäger‘ triggernde Störfaktoren vor – dass das erwähnte Mackerverhalten für diejenigen, für die es ungebeten inszeniert wird, wesentlich unangenehmer ist, als für diejenigen, die es an den Tag legen – dafür ist im Weltbild Jahns und seiner Gefährten, in dem Männer die eigentlich Ausgegrenzten sind, kein Platz. Es wird beinahe drollig, wenn Jahn erklärt: „Der Mann hat halt den ganzen Tag was zu tun, und zuhause irgendwie Familie äh Verantwortung, aber er hat keinen Rückzugsort. [...] Er hat vielleicht zuhause irgendwie vielleicht...nen Keller.“ (Mann TV). Einen Keller. Zuhause. Aber nur vielleicht! Und wer ist schuld? ‚Die‘ Frau, die den ganzen Tag unbelastet von Familie und Verantwortung in ihrem natürlichen Habitat, dem Friseursalon, abhängt.

Diskrimi...was?

Doch mit Diskriminierung oder Frauenfeindlichkeit habe der zum Ladenkonzept erhobene kategorische Ausschluss von Frauen überhaupt nichts zu tun, betonen Jahn und seine Bart-Buddies. Als Beleg hierfür dient die reflexhafte Rechtfertigung, dass „die meisten [der Kunden] mit Frauen verheiratet“ (Lokalzeit Aachen) seien. Angesichts der Tatsache, dass die Ehe nach wie vor für viele Frauen institutionell legitimierte Formen von Ausbeutung und Unterdrückung mit sich bringt, taugt dieser Verweis zur Reinwaschung vom Vorwurf der Frauenfeindlichkeit zwar herzlich wenig, aber einer der Bärtlinge bietet eine noch entlarvendere Erklärung an: „Es gibt keine frauenfeindliche Einstellung. Im Gegenteil! [...] Auch als kürzlich eine Frau mit ihrem Roller stürzte und sich das Gesicht aufschlug, ließ der Barbier höchstper-

sönlich das Rasiermesser liegen und kümmerte sich mit um die schnelle Versorgung.“ (derfriedrich) Na dann!

Statt Frauen als Kundinnen grundsätzlich auszuschließen, könnte er an sich selbst und seine Kunden appellieren, sich nicht wie brünftige Auerochsen zu benehmen.

Wenn ‚nicht frauenfeindlich‘ zu sein sich im Verständnis Jahns und seiner Kumpane tatsächlich darin erschöpft, eine verletzte Frau nicht blutend auf der Straße liegen zu lassen, stellt sich die Frage, wo genau eigentlich Frauenfeindlichkeit für sie anfängt: Beim Ausüben physischer Gewalt? Was aber, wenn ‚der Mann‘ nach einem Tag voller frustrierender Friseurerlebnisse nach Hause kommt und ‚die Frau‘ ihn erstmal mit ihrem ‚Gequake‘, ja: ‚Bullshit‘ in seinem Keller stört? Kann einem da nicht schon mal die Hand ‚ausrutschen‘, ohne dass man sich direkt frauenfeindlich schimpfen lassen muss? Der eifrige Hinweis auf Jahns ‚höchstpersönlich[e]‘ Beteiligung an der medizinischen Erstversorgung einer Frau beißt sich mit der allgemeingültigen Auffassung, erste Hilfe solle allen verletzten Menschen zukommen und belegt so genau diejenige Frauenfeindlichkeit, die damit eigentlich widerlegt werden sollte. Wer hervorhebt, dass ‚sogar‘ Personen geholfen wurde, die einer bestimmten Gruppe zugeordnet werden, offenbart – ob beabsichtigt oder nicht – Ablehnung eben dieser Gruppe gegenüber. Jahn selbst räumt treuherzig ein: „Wir hatten natürlich anfangs Probleme hier mit Schmiereisen in [sic] den Fensterscheiben so nach dem Motto ‚wie könnt ihr das wagen, Frauen auszugrenzen‘ – aber letztendlich ist das halt unser Konzept.“ (Mann TV) Das ist nicht nur Jahns Konzept, sondern auch ein Teil der Begriffsde-

finition von Diskriminierung: Die Ausgrenzung von Menschen anhand der Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe, die innerhalb gesellschaftlicher Machtstrukturen systematisch benachteiligt wird. Und so schrumpft Jahns Ladenkonzept von vielen Positivbezug auf klassenlose Gemeinschaft und „Männergespräche“ auf ein einziges Merkmal zusammen: Sexismus.

Die fünfziger Jahre sind vorbei, und daran ändert sich auch durch heftiges Brustgetrommel oder Bartgezwirbel nichts.

Bartriarchat

Natürlich nennen es Jahn und sein Gefolge lieber „Man cave“ oder „Rückzugsort für Männer“ – obwohl die Rede von dessen Notwendigkeit in unserer patriarchalen Gesellschaft so absurd ist, wie in einem Luxus-Hotel einen Rückzugsraum für Reiche zu fordern. Ebenso absurd, wie die Verantwortung für aufdringliches Dominanzgehabe auch noch denjenigen in die Schuhe zu schieben, die es erleiden müssen: Denn laut Jahn werden Männer ja durch die Anwesenheit von Frauen auf einmal „wie Jäger“, was „irgendwie ganz komisch“ sei. Komisch hieran ist lediglich, dass Jahn hier zwar mit der Vokabel „Jäger“ ein klischeehaft dominantes Männlichkeitsbild beschwört, gleichzeitig aber der Einfluss dieser „Jäger“ auf ihr eigenes Verhalten seltsam klein zu sein scheint. Statt Frauen als Kundinnen grundsätzlich auszuschließen, könnte er ja schließlich auch einfach an sich selbst und seine Kunden appellieren, sich nicht wie brünftige Auerochsen zu benehmen – das würde aber voraussetzen, dass er und seine Jünger sich selbst nicht so offensichtlich gut gefallen würden in genau dieser Rolle, denn sie entbindet ja so hübsch von der Verantwortung fürs eigene Verhalten. Und genau das ist die eigentliche Ware, die der Barbershop verkauft: Einen Freifahrtsschein, sich ohne schlechtes Gewissen in einem Männlichkeitsbild zu suhlen, das wie der Einrichtungsstil des Ladens direkt aus den fünfziger Jahren zu stammen scheint, in dem Männer noch Jäger und Frauen die Beute sind, und gorillahaftes Verhalten zum unabwendbaren Instinkt eines ‚echten Mannes‘ verklärt wird. Die (je nach Perspektive) gute Nachricht: Die fünfziger Jahre sind vorbei, und daran ändert sich auch durch heftiges Brustgetrommel oder Bartgezwirbel nichts. Eine weitere Regel in Jahns Laden lautet: „Heulen verboten!“ Mal schauen, wie lange sich das noch durchhalten lässt.

Gastbeitrag von Heide Witzka

¹In diesem Text ist nur von ‚Frauen‘ und ‚Männern‘ die Rede, da das ausdrücklich frauenfeindliche Konzept des Ladens und dessen Rechtfertigung einem Weltbild entspringt, in dem es nur diese zwei Geschlechter gibt.

In der letzten Ausgabe der Tacheles berichteten wir über rechte Strukturen innerhalb der Aachener Polizei und den Sicherheitsbehörden in NRW. Seitdem wurden weitere Informationen bekannt, auf die wir hier nochmal kurz eingehen möchten. Wir denken, es ist wichtig, über lokale rechte Strukturen aufzuklären und vor der eigenen Haustüre genau hinzuschauen. Außerdem ist das Vorgehen der Aachener Behörden und der Polizei typisch, Informationen sind unzureichend, aber versprochen wird lückenlose Aufklärung und Informierung der Öffentlichkeit. Es geht immer noch um den Vorfall vor der Aachener Synagoge im Februar 2020. Zunächst wurde nur über drei eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamt*innen wegen Volksverhetzung und/oder Verwendung verfassungsförderlicher Symbole berichtet. Nachträglich wurde bekannt, dass es insgesamt acht Verfahren gab. Fünf davon wurden bereits wieder eingestellt, da kein strafbares Verhalten nachgewiesen werden konnte. Grund dafür könnte sein, dass rassistische Äußerungen juristisch

Update: Rechte Bullen in Aachen und NRW

betrachtet oft kein strafbares Verhalten sind, oder diese Polizist*innen Teil der Chatgruppe waren, selber aber nichts gepostet haben. Ironischerweise behauptet selbst NRW-Innenminister Herbert Reul neuerdings: „Wer zuschaut, ist mitschuldig.“ Die anfänglich veröffentlichte Information, dass es sich um drei Polizist*innen handelte, ist zwar nicht falsch, denn diese Verfahren laufen noch. Allerdings wurde es nicht für relevant befunden, die Öffentlichkeit über die fünf ebenfalls beteiligten Polizist*innen zu informieren. Gegen zehn Beamt*innen laufen weiterhin Disziplinarverfahren, zwei von ihnen sind vom Dienst suspendiert. Aus vorangegangenen Erfahrungen denken wir, dass keine*r der Polizist*innen ernsthafte Konsequenzen fürchten muss.

Zudem sind im September fünf weitere Chatgruppen bei der Polizei in NRW aufgefliegen, in denen ähnliche Inhalte verbreitet wurden. Darunter befanden sich Hakenkreuze, Hitlerbilder,

Reichskriegsflaggen, aber auch Darstellungen von Geflüchteten in Gaskammern von Konzentrationslagern. Sogar der Verfassungsschutz, dessen Einschätzungen meistens völlig unzureichend und verharmlosend sind, stuft die Dateien als „Hardcore-Rechtsextremisten-Material“ ein. Die älteste Chatgruppe existierte bereits seit 2012, aufgefliegen sind sie zufällig, da ein Handy wegen dem Verdacht auf Geheimnisverrat ausgewertet wurde. Beteiligt waren rund 30 Polizist*innen. Auffällig ist, dass darunter

26 Beamt*innen in Mülheim an der Ruhr arbeiten oder gearbeitet haben. Die Erläuterung von weiteren Vorfällen würde den Rahmen dieser Ausgabe sprengen. Das alles zeigt: Rassistisches und rechtes Gedankengut ist weit verbreitet bei der Polizei, ihre strukturellen Gegebenheiten ermöglichen und bestärken dies. Die Politik leugnet, verharmlost und betreibt höchstens Symbolpolitik im Kampf gegen rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden.

Wir bleiben dabei: Die Polizei gehört unter Generalverdacht gestellt.

AK Antifa Aachen



Kunstaktion vor dem NRW-Innenministerium. (Bild: WDR/Thomas Kalus)

Der Sturm von den Bergen

Wie die Zapatist*innen seit über 25 Jahren eine andere Welt aufbauen

Mexiko. In den frühen Morgenstunden des 1. Januar 1994 erlebt Mexiko ein politisches Erdbeben. Tausende Guerrillas und Guerrilleros der „EZLN“ (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) besetzen zeitgleich die zentralen Städte des Bundesstaates Chiapas im Süden Mexikos. In der Hauptstadt San Cristóbal de las Casas erklären sie dem mexikanischen Staat und dem von ihm am Vortag ratifizierten Freihandelsabkommen, NAFTA, den Krieg. NAFTA, so die Rebell*innen, sei ein Todesurteil für die indigenen Gemeinschaften Mexikos. Besagtes Wirtschaftsbündnis zwischen den USA, Kanada und Mexiko stelle zu diesem Zeitpunkt die neoliberale Spitze eines globalisierten Kapitalismus dar, ein Feldzug gegen die ärmsten Teile der Bevölkerung Amerikas. Was folgt, sind Tage bewaffneter Auseinandersetzungen mit der Bundesarmee, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat. Die EZLN zieht sich schließlich in die Berge Chiapas zurück, wo sie in der indigenen Bevölkerung der Maya-Nachfahren ihre zivile Unterstützungsstruktur und Basis gefunden hat. Verschiedene Versuche, zu einer zivilpolitischen Einigung mit dem mexikanischen Staat zu gelangen, scheitern – die EZLN verlässt schließlich den Verhandlungstisch und ruft eine De-Facto-Autonomie in ihren Territorien aus. Selbstverwaltete Kooperativen werden gegründet, Kindergärten, Schulen und Gesundheitszentren geschaffen sowie „Räte der guten Regierung“ ins Leben gerufen, die nach dem Prinzip des „gehorchenden Regierens“ funktionieren. „Hier herrscht das Volk, und die Regierung gehorcht“ – ein Spruch, der auf Bannern und Schildern überall im zapatistischen Gebiet zu sehen ist. Der mexikanische Staat reagiert seinerseits, im Rahmen eines „Krieges niederer Intensität“, mit der Mobilisierung mehrerer zehntausend Soldaten, die in den umliegenden Gebieten stationiert werden. Zeitweise sind so mehr als die Hälfte der mexikanischen Streitkräfte in Chiapas aktiv. Immer wieder kommt es zu Übergriffen, Vertreibungen und wahllosen Morden durch die Armee, rechte Paramilitärs und Drogenkartelle.

„Hier herrscht das Volk, und die Regierung gehorcht“ – ein Spruch, der auf Bannern und Schildern überall im zapatistischen Gebiet zu sehen ist.



Zapatistinnen beim internationalen Frauentreffen. (Bild: upsidedownworld.org)

Die EZLN tritt vielfach wieder mit der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft in Austausch, organisiert „intergalaktische“ Treffen, Seminare und Kulturveranstaltungen. Sie schafft es, sich die Sympathien breiter Teile der Gesellschaft zu sichern. Ihr offizieller Sprecher, „Subcomandante Marcos“, veranstaltet verschiedene Rundreisen durch Mexiko, die auf enorme Resonanz in der Bevölkerung stoßen. So geleiten beispielsweise mehrere Millionen Menschen die „andere Kampagne“, die Marcos im Jahr 2006 von Chiapas nach Mexico-City führt. Zu einer politischen Lösung des Konflikts mit der Regierung kommt es dennoch nie. Auch die Ernennung Andrés Manuel López Obrador (AMLO) als ersten indigenen Präsidenten Mexikos Ende des Jahres 2018 ändert daran nichts. Im Gegenteil, als eine seiner ersten Amtshandlungen schuf und entsendete AMLO die mexikanische Nationalgarde in Gebiete unter zapatistischer Kontrolle.

Zapatistische Autonomie

Seit über 25 Jahren leben die Zapatist*innen ihre Autonomie in den von ihnen befreiten Gebieten. Der mexikanische Staat, Großgrundbesitzer und kriminelle Organisationen wurden enteignet und/oder vertrieben, eine solidarische „Gesellschaft von unten“ und ein Leben in Würde aufgebaut. Basisdemokratie, Kooperativismus, Frauenbefreiung, und ein Leben in Selbstbestimmung sind die Eckpfeiler des zapatistischen Gesellschaftsmodells. Die „Räte der guten Regierung“ setzen sich aus gewählten und mandatierten Vertreter*innen der Zivilbevölkerung zusammen und arbeiten entlang strenger Rotationsmechanismen, um der Zentralisierung und dem Missbrauch von Macht vorzubeugen. Ähnlich einem Rätssystem werden Belange in den jeweils niedrigsten lokalen Zusammenhängen verhandelt und von dort mittels Repräsentant*innen in die, je nach Tragweite des Verhandlungsgegenstandes, nächsthöheren Ebenen, getragen.

Die Geschichte des zapatistischen Kampfes ist die Geschichte eines über 500 Jahre zurückreichenden, antikolonialen Kampfes, der noch lange nicht ausgefochten ist.

Innerhalb weniger Jahre haben die zapatistischen Rebell*innen so selbstverwaltete

Strukturen aufgebaut, die eine völlige Unabhängigkeit vom Staat und kapitalistischer Wirtschaftslogik gewährleisten. Unlängst verfügen sie über eigene Gesundheitszentren, eine solidarische Wirtschaft, ein autonomes Transportwesen, Radiostationen und Bildungseinrichtungen. Damit verdeutlichen sie, dass eine Gesellschaft auf Grundlage gelebter Solidarität und einem undogmatischen, libertären Sozialismus erfolgreich organisiert werden kann; jenseits korrupter Staats- und Kapitalstrukturen. Eine der zentralen Leitlinien der zapatistischen Rebell*innen ist das Streben nach einer „Welt der vielen Welten“. In ihm verdeutlicht sich ihr Kampf um die Anerkennung indigener Rechte und gesellschaftlicher Vielfalt. Die Geschichte des zapatistischen Kampfes ist die Geschichte eines über 500 Jahre zurückreichenden, antikolonialen Kampfes, der noch lange nicht ausgefochten ist.

Internationalistische Anknüpfungspunkte – Eine andere Welt ist möglich!

Der zapatistische Aufstand ist seit über 25 Jahren Bezugspunkt für die globale Linke. An den „intergalaktischen Treffen“ der EZLN haben Aktivist*innen aus mehr als 50 Ländern teilgenommen, es wurden Netzwerke des Widerstandes geknüpft, Kämpfe zusammengeführt und voneinander gelernt. Kultur- und Filmfestivals, wissenschaftliche Kongresse und Diskussionsveranstaltungen schlagen immer wieder Brücken zwischen der zapatistischen Realität und Kämpfen jenseits von Chiapas. Unlängst hat das zweite Treffen der „Frauen, die kämpfen“ in den Bergen Chiapas' stattgefunden, zu dem mehrere tausend Feminist*innen verschiedenster Länder anreisten. Auch wenn das zapatistische Projekt vornehmlich ein Kampf um nationale Befreiung ist, so nimmt der Internationalismus dennoch einen wesentlichen Stellenwert in der politischen Agenda der EZLN ein. Denn die Revolution für die Befreiung der Menschheit kennt keine Ländergrenzen, keine künstlichen Geografien und konstruierten Differenzen. Für uns als Internationalist*innen ist der Kampf der Zapatist*innen um Würde und Selbstbestimmung, ähnlich wie die kurdische Freiheitsbewegung, ein Hoffnungsgeber, der uns verdeutlicht: „Eine andere Welt ist möglich“. Wird uns auch tagtäglich in Medien, Werbung und offizieller Politik verkündet, dass die parlamentarische „Demokratie“ und der Kapitalismus das Ende der Geschichte seien, so zeigen uns der Kampf in Chiapas, in Kurdistan und an dutzenden anderen Orten der Welt – ähnlich wie unsere lokalen Kämpfe – dass es so wie es ist nicht bleiben wird. Berthold Brecht stellte diesbezüglich folgerichtig fest: „Die Besiegten von heute werden die Sieger von morgen sein“. In Chiapas können wir uns vor allem in den zivilen Beobachtungsbrigaden der Bewegung einbringen. Diese reisen in zapatistische Gebiete, die einer Bedrohung ausgesetzt sind – sei es durch (Para-)Militärs oder konterrevolutionäre Gruppierungen. In den zapatistischen Dörfern leben wir, für die Zeit des Einsatzes, mit den Genoss*innen der Bewegung, teilen unsere Mahlzeiten und Gespräche mit ihnen und erfahren von ihren jeweiligen Realitäten und Perspektiven. Die Berliner NGO Carea e.V. bereitet interessierte Internationalist*innen zweimal pro Jahr auf diese Einsätze vor und begleitet diejenigen, die sich entscheiden, nach Chiapas zu reisen.

Internationalist*innen aus Aachen

→ Fortsetzung von Seite 6: Protestkultur in Aachen

9. Oktober: Solidaritäts-Banner an der Vaalser Straße zur Räumung des Hausprojektes in der Liebigstraße 34 in Berlin Friedrichshain.

2. Oktober: „Take back the night“ – Tanzdemo für autonome Kultur in Aachen. Es gibt einen Soli-Bannerdrop von der ehemaligen Landeszentralbank.

26. September: Großdemonstration mit 1.500 Teilnehmer*innen gegen die geplante Schließung des Reifenwerks Continental und für den Erhalt der 1.800 Arbeitsplätze.

26. September: Spontandemo am Aachener Hauptbahnhof gegen rassistische Polizeigewalt der beiden „Aktionsfinger“ Grün und Bronze von Ende Gelände. Zuvor und parallel dazu finden zahlreiche und erfolgreiche Blockadeversuche im Braunkohlerevier gegen Kohle- und Gasförderung statt.

25. September: Globaler Klimastreik in Aachen. Großdemonstration mit 4.000 Teilnehmer*innen zieht durch die Stadt. Es gibt ein verantwortungsvolles Hygienekonzept.

22. - 28. September: Klimacamp auf der Hollandwiese in Aachen. Es gibt ein vielfältiges Angebot an Workshops und Vorträgen zum Thema Klimagerechtigkeit.

17. September: Kundgebung von den Students for Future am Elisenbrunnen gemeinsam mit den Busfahrer*innen der ASEAG.

9. September: Kundgebung am Elisenbrunnen in Aachen mit ca. 250 Teilnehmer*innen wegen des Brandes im Flüchtlingslager Moria und den unmenschlichen Zuständen an den EU-Außengrenzen. Die Forderung: „Evakuiert alle Lager! Wir haben Platz!“

Hier noch ein paar Aktionen, die es bisher nicht in die Protestkultur geschafft haben: (Wenn euch noch Protestaktionen einfallen, die ihr hier gerne sehen würdet: schreibt uns!)

05. August: In Solidarität mit der Liebig34: Eine Feministische Autonome Zelle (FAZ) plättet in der Eifelstraße die Reifen von zwei Autos im Kontext von Überwachungs- und Sicherheitstechnologie. Es handelt sich um ein Auto einer*s Auftragnehmer*in von Amazon und ein Auto des Überwachungstechnologie-Unternehmens LivEye. Damit soll dem Widerstand gegen Überwachung und Technologischen Angriff Ausdruck verliehen werden.

21. April: Sabotage an Fahrkartenautomaten zum Globalen Klima-Aktionstag am 24. April 2020. An drei Stellen in der Städteregion Aachen werden mehrere Fahrkartenautomaten aus dem Verkehr gezogen. Die Forderung: Kostenloser Nahverkehr.

08. Mai 2019: Das Büro der „Aachener Immobiliengesellschaft mbH“ wird mit Farbe markiert. Die Aachener Immobiliengesellschaft unter dem alleinigen Geschäftsführer Gerd Sauren besitzt zahlreiche Immobilien in Aachen, laut eigener Aussage über 400 Wohnungen und 150 Gewerbeeinheiten. Auf vielen Flächen, die der Gesellschaft gehören, bietet sich das gleiche Bild: Leerstand oder ungenutztes Bauland.



Flachwitze mit Torben

→ Auflösung von Seite 5

Er hat gehört, da sollen Lockdaunen drin sein.

Weitere Infos findet ihr hier:

Carea e.V.: carea-menschenrechte.de • Menschenrechtszentrum „Frayba“ in San Cristóbal: frayba.org.mx • Offizieller Blog der zapatistischen Bewegung: enlacezapatista.ezln.org.mx • Solidaritäts-Netzwerk „Ya Basta“: ya-basta-netz.org • Zeitschrift „Tierra y Libertad“: tierra-y-libertad.de • Newsportal „Chiapas 98“: chiapas.eu • Kollektive, die zapatistischen Kaffee vertreiben: aroma-zapatista.de, cafe-libertad.de

Kleine Auswahl an Büchern zum Thema:

Gloria Muñoz Ramírez: EZLN: 20+10 - Das Feuer und das Wort (ISBN 978-3-89771-021-4) • Subcomandante Marcos: Die anderen Geschichten | Los Otros Cuentos (ISBN 978-3-89771-036-8) • Philipp Gerber: Das Aroma der Rebellion (ISBN 978-3-95405-010-9)

„Marlon geht's noch?“

Über das Elend des Lokaljournalismus

Was ist da los in der Redaktion von AZ/AN? Die Aachener Einheitszeitung(en) sind ja noch nie durch investigative Enthüllungen oder besonders tiefgehende Recherche aufgefallen, aber vor kurzem hat Marlon Gego, Autor mit den Schwerpunkten innere Sicherheit, Kriminalität und Justiz, dennoch unsere bereits niedrigen Erwartungen untertroffen.

Sein Artikel vom 20. August „Flüchtlingsberater unter Verdacht“ war ein glatter Griff ins Klo. In dem Artikel geht es um Ermittlungen der Aachener Staatsanwaltschaft gegen einen Mitarbeiter der Flüchtlingsberatungsstelle „Café Zuflucht“. Gego schreibt in seinem Artikel, dem Mitarbeiter werde „grob gesagt Asylmissbrauch“ vorgeworfen. Das ist grob gesagt nicht nur sachlich falsch, er verwendet damit außerdem ein Reizwort, dass sonst die AfD auf ihre Wahlplakate druckt. Insgesamt ist Gegos Darstellung effekt-hascherisch, tendenziös und spielt mit rassistischen Klischees.

Die Grundaussage des Artikels ist, Roma aus Nordmazedonien seien von einem Mitarbeiter des Café Zuflucht nach Aachen geschleust worden, um sich auf Kosten des deutschen Sozialsystems zu bereichern. Einen Beleg für diese Vorwürfe bleibt er schuldig.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den haltlosen Vorwürfen liefert der Leserbrief des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Aachen, welchen wir auch in dieser Ausgabe veröffentlichen (S. 10&11).

Doch das war nicht sein erster Streich.

In seinem Autorenprofil auf der Website der Lokalzeitungen heißt es über Gego, er wolle gerne mehr Porträts schreiben. In der Vergangenheit führte dies zu einer sehr einfühlsamen und rührenden Story über Jens B., seinerseits bekannter Nazi-Hooligan aus Aachen. Jens B. musste sich 2018 wegen Zuhälterei, Körperverletzung, Menschenhandels und anderen Straftaten vor Gericht verantworten.

B. hatte die sogenannte Loverboymethode angewendet: Er machte junge Frauen emotional von sich abhängig, um sie anschließend zur Prostitution zu zwingen.

Der Autor brilliert mit einem eindimensionalen Schubladendenken, gepaart mit einer guten Prise Küchenschpsychologie. Neben B.s mehrfach

betonter Attraktivität muss Gego natürlich auch darauf hinweisen, dass B.s Verlobte „eine auffallend attraktive Frau“ sei. Inwiefern das relevant ist, sei mal dahingestellt. Aber welche anderen Beschreibungen von Frauen lassen sich denn auch sonst machen? Und die Alliteration ist ja auch ganz nett geworden.

Der Autor brilliert mit einem eindimensionalen Schubladendenken, gepaart mit einer guten Prise Küchenschpsychologie.

Auch im Weiteren wirkt Gegos Skepsis den als Zeuginnen auftretenden Frauen gegenüber sonderbar. So stellt er eine Zeugin als unglaublich dar, da diese sich in mehreren, stundenlangen(!) Vernehmungen selbst widerspricht. Dem gegenüber wird dem Angeklagten Platz eingeräumt, indem Gego dessen komplette Lebensgeschichte wiedergibt, was auch auf den zweiten und dritten Blick einen fast schon rechtfertigen-

den Eindruck macht.

Weiterhin präsentiert Marlon Gego mehrmals den Horizont seiner kleinen Welt, wenn beispielsweise Jens B. persönliche und emotionale Aussagen macht, welche „aus dem Mund eines derartigen Machos fast schon kitschig“ seien. Auch über einen mehrseitigen, handschriftlich verfassten Lebenslauf zeigt sich Gego überrascht, ob der „überraschend wenigen Fehler“ des Schulabbrechers.

Auch die Suche nach der Ursache für B.s Weggang in Hool- und Nazikreisen bietet wohl mehr Aufschluss über den Autor als über Jens B. So sieht Gego den Ursprung in der fehlenden „männlichen Bezugsperson im Haus“, dem fehlenden „männlichen Korrektiv“. Ein Vater, der wahlweise auf den Tisch oder auf den kleinen Jens gehauen hätte, „etwas Strenge“, wie Gego es nennt, hätte wohl Späteres verhindern können. Schlussendlich bleibt auch die Neonaziaktivität von Jens B. nur eine Randnotiz.

Während flüchtende Menschen in Gegos Ausführungen als anonyme Masse dargestellt wer-

den, welche durch Betrug den Steuerzahler*innen zur Last fielen, wird beim Nazi-Schläger einfühlsam nach den Ursachen geforscht. Pseudokritisch versucht er hinter Fassaden zu blicken, liefert dabei allerdings vielmehr ein Fenster in sein Oberstübchen voller Ressentiments und Vorurteile.

Pseudokritisch versucht er hinter Fassaden zu blicken, liefert dabei allerdings vielmehr ein Fenster in sein Oberstübchen voller Ressentiments und Vorurteile.

Auch sein neuester Geniestreich, der am 26.11.2020 in den Aachener Nachrichten erschien, lässt Gegos verkorksten politischen Standpunkt deutlich werden. Hier stellt er es durch hochemotionale, willkürliche Nebeneinanderstellungen so dar, als bestünde ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen den Umweltaktivist*innen vom Hambacher Forst und Ende Gelände mit Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Raubüberfällen. Am Ende scheint der Klimaaktivismus daran Schuld zu sein, dass diese Verbrechen nicht aufgeklärt werden. Gegos Logik ist so simpel wie einfältig: die tausenden Straftaten, die angeblich im Rahmen von Umweltprotesten begangen werden, binden derart viele Polizeikräfte, dass Vergewaltiger ungeschoren davon kommen. Zudem sind die Beamten*innen ganz arg belastet und überarbeitet. Arme Schweine halt.

Die Lösung? Natürlich mehr Polizei. So sind auch rassistische und rechte Polizist*innen für Gego ein Problem. Allerdings nicht, weil diese Menschenleben gefährden, sondern weil durch die Ermittlungen Ausbilder*innen davon abgehalten werden, die nächste Generation Polizist*innen auf Linie zu bringen.

Fairerweise muss abschließend ergänzt werden, dass es sich bei Marlon Gego wohl um ein Symptom einer Medienwelt handelt, welche im Konkurrenzdruck wirtschaftlich bleiben muss. So werden weniger Informationen geliefert, als vielmehr Emotionen verkauft. Und das journalistische Ethos wird gleich mit verramscht.

Statler & Waldorf



Marlon Gego. (Karikatur von Herta Ä.)

Leser*innenbrief des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Aachen (AKS) zum Pressartikel „Flüchtlingsberater unter Verdacht“ in AZ/AN von 28. August 2020

Am 28. August ist in den Aachener Nachrichten und der Aachener Zeitung unter der Überschrift „Flüchtlingsberater unter Verdacht“ ein Artikel erschienen, auf den wir hier stellvertretend für den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) reagieren. In diesem Artikel in der Rubrik „Region & NRW“, geschrieben von Marlon Gego, wird die Durchsuchung des Café Zuflucht im Winter 2017 und die vor diesem Hintergrund aktuelle Anklageerhebung gegen einen Mitarbeiter des Café Zuflucht zum Thema gemacht. Diese Thematisierung erfolgte allerdings nicht im Stil einer differenzierten journalistischen Berichterstattung, sondern vielmehr im Duktus einer Diffamierung des Mitarbeiters des Café Zuflucht wie auch der Beratungsstelle als solcher. Es wird in dem Artikel gemutmaßt, dass der Mitarbeiter rechtswidrig die Abschiebung von geflüchteten Roma aus Nordmazedonien verhindert habe und es wird unterstellt, dass diese Menschen nach Deutschland gekommen sind, um ungerechtfertigt Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Obwohl die zunächst erhobene Beschuldigung der „gewerbsmäßigen Schleusung“ durch die Staatsanwaltschaft nicht aufrechterhalten wird, scheint es das wesentliche Anliegen des Journalisten zu sein, die Bera-

tungsarbeit des Mitarbeiters und der gesamten Beratungsstelle zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Mit Nachdruck möchten wir vom Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Berater*innen in der Fluchtarbeit keine Abschiebehelfer*innen sind, sondern auf rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Grundlage die Anliegen von geflüchteten Menschen mit fachlicher Expertise, mit Empathie und mit Vertraulichkeit behandeln.

Als Reaktion auf diesen Artikel in den AN/AZ schreibt Andrea Genten, Vorsitzende des Trägervereins Refugio e.V. des Café Zuflucht, in einer Stellungnahme vom 31.08.2020: „Die in dem Artikel durch Bild und Schrift hervorgerufene Unterstellung, Roma aus Nordmazedonien seien aus schutzfernen Gründen nach Aachen gekommen, um sich hier materielle Vorteile zu verschaffen, ist eine durch Nichts bewiesene Behauptung. Das Café Zuflucht und seine Mitarbeitenden werden dabei als Institution in ein fragwürdiges Licht gerückt. Die Summierung von fünf Förderjahren der Landes- und der städtischen Förderung zu einem Millionenbetrag suggeriert, dass Staatsmittel für fragwürdige Leistungen ausgegeben werden. Hiergegen ver-

wehrt sich das Café Zuflucht entschieden!“ Wir möchten hierzu deutlich benennen, dass sich der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit mit den Inhalten dieser Stellungnahme und zugleich mit der wichtigen und bedeutsamen Arbeit des Café Zuflucht solidarisch erklärt!

Zugleich möchten wir kritisch auf den offensichtlich rassistischen Tonfall aufmerksam machen, der den genannten Artikel durchzieht. In diesem Text wird von dem Autor Marlon Gego in abwertender, pauschalisierender Weise über Menschen gesprochen, die der schutzbedürftigen ethnischen Minderheit der Roma angehören und die in besonderer Weise in Europa und in Deutschland von Diskriminierung betroffen sind. So wurde auf der internationalen Berliner Konferenz „Addressing Discrimination and Anti-Gypsyism in the Enlargement Region“ im Februar 2018 der zunehmende „Antiziganismus“ und die Diskriminierung von Roma in den EU Beitrittsstaaten problematisiert und Strategien für die gleichberechtigte Teilhabe von Roma als notwendig angesehen. Für Deutschland weisen u.a. die Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2018 sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auf die besondere Diskriminierungslage von Rom*nja und Sinti*zze hin. Ein

rassistischer Stereotyp, dass zur diskriminierenden Ausgrenzung der Minderheit der Roma genutzt wird, ist das der „Einwanderung in die Sozialsysteme“. Hiermit wird eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen, indem strukturelle Diskriminierungen und Gewalterfahrungen der Roma ausgeblendet werden und ihr Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben und damit auch auf Flucht, kriminalisiert wird.

Diese Tatsachen sollten in einem informierten und an den Menschenrechten interessierten journalistischen Artikel mitgedacht werden. Es sollte dem Autor insbesondere auch bewusst sein, dass während des Nationalsozialismus mehr als 500.000 Rom*nja und Sinti*zze verfolgt und ermordet wurden – Das Romanes-Wort „Porajmos“ bezeichnet diesen Genozid. Im Oktober 2012 wurde das nationale Denkmal zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Roma und Sinti im Berliner Regierungsviertel an die Öffentlichkeit übergeben, mit diesem Gedenken verbindet sich auch eine Verantwortungsübernahme für die Gleichstellung und fraglose Anerkennung der Roma und Sinti.

→ Fortsetzung von Seite 10: Leserbrief des AKS

Mit dem Wissen um Stigmatisierung, Diskriminierung und Verfolgung ist es unsäglich, dass der Autor in seinem Artikel ein Bedrohungsszenario der unkontrollierten Zuwanderung durch Roma phantasiert und dieses mittels rassistischer Stereotype begründet. Der Artikel ist von der Missachtung der Menschenwürde, einer fehlenden journalistischen Sorgfalt, der Verletzung der Unschuldsvermutung bzw. durch Vorverurteilung und von der Diskriminierung einer ethnischen Minderheit gekennzeichnet. Damit werden die „Ethischen Standards für den Journalismus“ (Ziffern 1, 2, 12, 13) des deutschen

Presserats offensichtlich verletzt. Ein Artikel der diese Standards ernst nimmt, könnte dem entgegen auf die weltweite Zunahme von Rassismus und Hassverbrechen gegen die ethnische Minderheit der Roma im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufmerksam machen – Auf diese Situation weisen die Vereinten Nationen mit Besorgnis hin. Eine journalistische Berichterstattung, die sich nicht mit diskriminierendem und rassistischem Denken gemein macht würde einer populistischen Stimmung gegenüber geflüchteten Menschen und der Legitimität ihrer Fluchtgründen reflektiert widersprechen. Von den Aachener Nachrichten und

der Aachener Zeitung erwarten wir eben diese ethische und demokratische Grundhaltung und keine rassistischen Diffamierungen von verfolgten Minderheiten und von Refugees. Angesichts des Leids und der Perspektivlosigkeit denen verfolgte Minderheiten und vor Krieg sowie vor existentieller Armut flüchtende Menschen ausgesetzt sind die Berichte und Bilder der Erfahrungen von Refugees auf Lesbos erzählen schmerzvoll von diesem Unrecht sollte dieses eine Selbstverständlichkeit sein.

Susanne Bücken und Julia Breuer-Nyhnen
Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, Aachen

Coronabedingte Proteste in Aachen und der BRD Eine explosive Mischung aus Pseudokritik, Realsatire und einer weit offenen Flanke nach Rechtsaußen

Zur **Genderpraxis** in diesem Artikel: Wir haben uns dazu entschieden die Begriffe „Querdenker“, „Reichsbürger“ und „besorgte Bürger“ nicht zu gendern, da es sich mehr oder weniger um Selbstbezeichnungen handelt und wir vermeiden wollten, im Dschungel der Begrifflichkeiten noch mehr Verwirrung zu stiften.

„Querdenker“ oder besorgte Bürger?

Die Proteste der sogenannten „Querdenker“ in der Städtereion Aachen reißen nicht ab. Unter diesem Sammelbegriff verbirgt sich eine bundesweite Bewegung, die seit dem Erlassen der Infektionsschutzverordnungen im März gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mobil macht. Teilweise besuchen Zehntausende die Kundgebungen. Extrem rechte Kräfte beteiligen sich allerorts. Das Spektrum reicht von AfD-Politiker*innen über Pegida-Sympathisant*innen und Reichsbürgern bis hin zu Neonazi-Kameradschaften. Darauf angesprochen distanzieren sich zwar einige Veranstalter*innen von extrem rechtem Gedankengut, Rassismus und Antisemitismus. Bemühungen, derlei Klientel von den Kundgebungen fernzuhalten, oder ernstzunehmende antifaschistische Statements bleiben aber aus. Dieser Kuschelkurs mit der extremen Rechten ist aber bei weitem nicht der einzige Grund, warum sich die außerparlamentarische Linke von den Protesten fernhält oder sich nicht selber bemüht, die Rechten aus der Bewegung zu drängen. Fundierte Kritik an Sinn und Unsinn der jeweiligen Eindämmungsmaßnahmen oder Warnungen vor den Gefahren, die solch ein autoritäres Eingreifen in unsere Grundrechte und Sozialleben mit sich bringt, ohne dafür finstere Mächte im Hintergrund zu bemühen, sucht man hier vergebens. Vielmehr wird das Virus als einfache Grippe verharmlost und es werden fleißig Verschwörungstheorien gesponnen, welcher geheimen Elite der Ausbruch zu Gute kommen würde oder was genau das neue 5G-Netz mit der Ausbreitung zu tun hat. Oftmals wird Antisemitismus von den Redner*innen geschürt – dies geschieht sowohl unverhohlen als auch kodiert in eben solchen Verschwörungserzählungen – oder die Teilnehmenden setzen die, von ihnen so betitelte, „Corona-Diktatur“ mit dem Nationalsozialismus gleich und bekleben sich mit selbst gebastelten Judensternen. Im August kommt es zur einer bundesweiten Großdemonstration in Berlin. Nazis und Reichsbürger sind hier ganz vorne mit dabei, schwenken Reichskriegsflaggen, besetzen kurzzeitig die Treppen zum Reichstag und verkaufen dies als Beginn ihrer Revolution. Aber auch die neue Aufmerksamkeit nahezu aller Medien führt nicht zu einer ernsthaften Abgrenzung nach rechts. Wie denn auch, wenn sich niemand innerhalb der Bewegung daran stört und sich alle als Opfer einer gleichgeschalteten Lügenpresse inszenieren.

Die Aachener Welt der Verschwörungsgläubigen

In Aachen werden die mehr oder weniger regelmäßig stattfindenden „Mahnwachen für unser Grundgesetz“ vom Ehepaar Klein aus Würselen organisiert. Die Inhalte auf ihren Veranstaltungen sind zumindest nicht offen judenfeindlich und auch Kooperationen mit dem rechten Spektrum blieben erst mal aus. Verschwörungstheorien oder die Angst vor einer weltweiten Zwangsimpfung durch die „Bill und Melinda Gates Stiftung“ sind aber auch hier allgegenwärtig. Erwähnenswert ist auch, dass sich an ihren Versammlungen Mitglieder des Aachener Kreisverbandes der Partei „Die Linke“ beteiligen. Prominentestes Beispiel ist der Europa-Parlamentarier Andrej Hunko.

Eine Art Wendepunkt markiert die Kundgebung am 05.09. diesen Jahres. Im Aufruf stellt sich die Gruppe in klaren Bezug zu der Großdemonstration in Berlin, ohne sich in irgendeiner Form von den beteiligten Rechten, ihrem Denken oder Vorgehen zu distanzieren. Außerdem wurde als einer der Redner der Rechtsanwalt Wilfried Schmitz aus Selfkant angekündigt. Dieser sollte auf der Veranstaltung zwar über die rechtlichen Rahmenbedingungen der Corona-Maßnahmen referieren, seine klägliche Bekanntheit erlangte er aber dadurch, dass er 2019 Strafanzeige gegen Angela Merkel wegen Völkermordes stellte. Er versuchte, die kurzzeitige Öffnung der deutschen Grenzen für Geflüchtete 2015 als Maßnahme zum gezielten Austausch der deutschen Bevölkerung durch Migrant*innen darzustellen. Diese rassistische Theorie ist vor allem bei Anhänger*innen der sogenannten „Neuen Rechten“ beliebt. Aufgetreten ist Schmitz dann doch nicht, da er anscheinend verhindert war. Im Nachbericht zu der Kundgebung wird dies mit Bedauern kundgetan.

Auch außerhalb von Aachen existieren regelmäßige Zusammenkünfte von „Querdenken“. In Heinsberg kommen regelmäßig an die 150 Anhänger*innen des bundesweiten Netzes zusammen. Angemeldet werden die Versammlungen von „Querdenken241“, von dem Neonazi Tim M., der sich 2012 noch bei Aktionen der Partei „Die Rechte“ in der Region beteiligte. Dieser behauptet, ausgestiegen zu sein. Wenig glaubwürdig betrachtet man die Zusammensetzung des Publikums und die Inhalte der Redebeiträge bei den zurzeit stattfindenden Kundgebungen. So nehmen regelmäßig Neonazis und Reichsbürger an den Veranstaltungen teil. In mindestens einem Fall sprach ein Vertreter der Reichsbürger-Ideologie auch auf der Bühne. Auch schon der Titel der ersten drei Veranstaltungen spricht Bände: „Heimatschutz statt Mundschutz“.

Seit Oktober organisiert „Querdenken241“ auch Kundgebungen in Aachen. Auf ihre Einladung machte die sogenannte „Corona-Info-Tour“ der prominenten Querdenker Bodo Schiffmann und Samuel Eckert halt am Tivoli. Es redete auch Dieter B. aus der Aachener Region. Dieser ist allerdings nicht nur Corona-bewegt. Er ist füh-

rend bei der „Patriotic Opposition Europe“, einer extrem rechten Splittergruppe, die sich aus ehemaligen Anhänger*innen der Pegida Proteste, ehemaligen AfD-Funktionär*innen und Neonazis zusammensetzt.

Es fällt auf, dass sich die Teilnehmenden der verschiedenen Veranstaltungen in weiten Teilen überschneiden. So tauchen bei den Kundgebungen von „Querdenken241“ auch Aktive der Aachener Gelbwesten auf. Entgegen ihrem französischen Pendant verbreitet diese handvoll Wahrheitskrieger*innen einen bunten Mix aus Reichsbürger-Ideologie, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien, vor allem der QAnon-Variante. Seit dem Beginn der Pandemie veranstalten sie kleine Spaziergänge gegen die Eindämmungsmaßnahmen oder besuchen eben die Angebote von anderen Initiativen. Zu den Organisator*innen gehören die Heilpraktikerin Tamara K. aus Roetgen, der Möchtegern-Rapper und Reichsbürger Sascha V. aus Jüchen und eine Youtuberin aus Düren, die regelmäßig von extrem rechten oder Querdenker-Events streamt. Offen kooperiert die Gruppe mit dem extrem rechten Netzwerker Dominik Roeseler aus Mönchengladbach. Bei den Protesten in Berlin stand Tamara K. zusammen mit Sascha V. als Einpeitscherin auf der Bühne und leitete den „Sturm auf die Reichstagstreppe“ ein. Außerdem organisiert sie regelmäßige Spaziergänge gegen die Corona-Maßnahmen in Roetgen.

Harmlose Covidiot*innen?

Immer wieder drangsaliieren Teilnehmende der verschiedenen Veranstaltungen Passant*innen mit Mundschutz, eine parallel stattfindende Kundgebung der Seebrücke Aachen im Mai wurde aufgrund der Anfeindungen der Querdenker sogar aufgelöst. Außerdem wurde dem schon erwähnten Journalisten auf einer Kundgebung „für den Erhalt unserer Grundrechte“ die Kamera ins Gesicht geschlagen.

Doch besteht die Gefahr, die von dieser neuen Sammelbewegung ausgeht, nicht in ihrem mangelnden Gefühl für Solidarität und Verantwortung in Zeiten der Pandemie, sondern weil sie eine öffentliche Plattform für Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und -verharmlosung und weitere extrem rechte Ideologiefragmente bietet. So ähnelt der Tonfall in Chatgruppen der lokalen Initiativen laut Beobachter*innen inzwischen deutlich dem von offen rassistischen, migrations- oder islamfeindlichen Zusammenhängen. Es ist zum Beispiel von „links-grün-versiffter“ Meinungs-diktatur oder der „BRD-GmbH“ die Rede.

Die nächste größere Mobilisierung von „Querdenken241“ fand am 14.11.20 – zum Glück nicht als Fackelmarsch, sondern als Lichterkettenumzug – vor dem Eurogress statt. Das Motto: „Ein Licht. Ein Weg. Eine Wahrheit.“ Das riecht nicht mehr nach Verschwörungstheorie, das riecht nach Faschismus.

AK Antifa Aachen

Buchrezension

Hexenjagd

Die Angst vor der Macht der Frauen



Buchcover Hexenjagd. (Bild: Unrast Verlag)

Silvia Federici beschreibt in ihrem Buch „Hexenjagd. Die Angst vor der Macht der Frauen“ die Rolle der Hexenverfolgung im Bezug auf den sich entwickelnden Kapitalismus. Das Buch ist in zwei Teile geteilt. Im ersten Teil blickt sie auf die vergangenen Hexenverfolgungen in Europa zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation, im Übergang zwischen Mittelalter und Moderne. Im zweiten Teil setzt sie die Thematik in die Gegenwart und betrachtet sie global.

Sie analysiert in den gesammelten Aufsätzen zwei wichtige Aspekte:

1. Den Zusammenhang zwischen der Kommerzialisierung von Ländereien als auch der Privatisierung bzw. Verstaatlichung von kollektiven Gemeindeflächen und der Hexenjagd.
2. Den Zusammenhang zwischen der Hexenverfolgung und der Ausweitung der Kontrolle des Staates auf den weiblichen Körper, die für die sich entwickelnde kapitalistische Wirtschaft von großer Bedeutung ist.

Dabei ist es für Federici wichtig, in ihren Analysen Frauen nicht nur als Betroffene von Herrschaftsstrukturen darzustellen, sondern sie möchte aufzeigen, dass es in der Geschichte zahlreiche widerständige und revolutionäre Frauen gab. Die Hexenverfolgung sieht sie in diesem Zusammenhang als eine Form, weibliche Widerstände zu brechen.

Dies zeigt sie exemplarisch an der historischen Entwicklung des Wortes „gossip“. Zu Beginn stand das Wort für Frauenfreundschaft und wurde positiv besetzt. Innerhalb dieser Freundschaften fand oft eine Verbündung gegen patriarchale Strukturen statt. Im Laufe der Zeit wandelte sich die Nutzung von diesem Begriff zu schädlichem Lästern. Dadurch werden Beziehungen zwischen Frauen, ob bewusst oder unbewusst, herabgesetzt. Ein eindrückliches Beispiel aus der heutigen Zeit ist die Serie „Gossip Girl“, in der der Begriff „gossip“ sinnbildlich für Intrige und Hinterhalt steht und meistens Beziehungen oder Handlungen von Frauen und Mädchen charakterisiert. Historisch bedeutete das nicht selten Verfolgung und Verunglimpfung. Der Vorwurf des „gossips“ war in der Vergangenheit oft eine Grundlage, Frauen als Hexen zu markieren und zu verfolgen. Das führte mit der Zeit zur Zersetzung von Frauenfreundschaften. Hier waren Frauen nicht nur Betroffene, sondern auch Täterinnen, da sie sich an Denunziationen beteiligten. Diese Prozesse sind, wie Federici in ihrem Buch aufzeigt, bei weitem nicht historisiert, sondern finden auch aktuell statt und erfahren mit der weiteren Durchkapitalisierung der Welt wieder einen Aufschwung. In ihrem Aufsatzband analysiert Federici gut heraus, dass der Kapitalismus per se, gegenüber Frauen und Mädchen im Besonderen, strukturell gewaltvoll ist. Durch die Auseinandersetzung mit den historischen Grundlagen wird es möglich, Rückschlüsse auf heutige aktuelle Phänomene zu ziehen und deren geschichtliche Kontinuität aufzuzeigen. Das Buch eignet sich besonders für Menschen, die einen Einstieg in die Thematik suchen oder sich Federicis Gesamtwerk annähern wollen.

Diskursiv Aachen

110 Jahre Frauen*kampftag – Alles beim Alten?

Seit nunmehr 110 Jahren wird der internationale Frauen*kampftag begangen, seit 100 Jahren am 8. März. Was einst als explizit sozialistisch-kommunistisch gerahmter Tag zur Agitation für das Frauen*wahlrecht, als Voraussetzung für die Emanzipation der Arbeiter*innen begann, bewegt sich heute in einem Spannungsverhältnis. Einem Spannungsverhältnis zwischen den bürgerlich-liberalen, teils staatlich getragenen Strömungen auf der einen und feministischen Strömungen auf der anderen Seite, die die Emanzipation der Frauen* im Speziellen und der Menschen im Allgemeinen noch nicht ins Utopische verbannt haben und darauf beharren, dass eine Überwindung des Patriarchats ohne eine Überwindung des Kapitalverhältnisses nicht zu haben ist.

Auf der internationalen Arbeiter*innen-Konferenz 1910 schlug Clara Zetkin einen jährlichen Frauen*kampftag vor, der sich zunächst der Agitation für den Kampf um das Frauen*wahlrecht widmen sollte. Clara Zetkin war sich dabei vollkommen im Klaren, dass das Frauen*wahlrecht nicht die Abschaffung des Patriarchats mit sich bringen wird. Trotzdem sahen sie und ihre sozialistischen Mitstreiter*innen, insbesondere auch Rosa Luxemburg, die politische Emanzipation in Form des allgemeinen Wahlrechts als elementare Voraussetzung für die Organisierung von Frauen* in der Arbeiter*innenklasse. Neben dieser strategischen Überlegung ging es zudem darum, Frauen* die Grundlage zu geben, sich ihrer Lage bewusst zu werden und nicht nur als bloßes Anhängsel ihrer Männer politische Prozesse mitbestimmen zu können, sondern diese in die eigene Hand zu nehmen.

Der Kampf um das Frauen*wahlrecht wurde mit sehr verschiedenen Mitteln und Intentionen gefochten. Wo die einen, eine von vielen Grundlagen für gesellschaftliche Umwälzung sahen, war es für die anderen der Flucht- und zugleich Endpunkt des politischen Kampfes.

Viele Frauen überlebten den Kampf um das Frauen*wahlrecht nicht.*

So gründeten sich bereits 1903 um die bekannte Feministin Emmeline Pankhurst die Suffragetten. Sie kämpften häufig mit militanten Mitteln für das Frauen*wahlrecht und nahmen harsche Strafen in Kauf. Viele von ihnen wurden regelmäßig verhaftet und unter miserablen Bedingungen in Haft gehalten. Jedoch ließen sie sich auch im Gefängnis von ihren Zielen nicht abbringen. Zahlreiche Hungerstreiks und infolgedessen brutale Zwangsernährung waren die Folge. Viele Frauen* überlebten den Kampf um das Frauen*wahlrecht nicht.

Innerhalb der Suffragetten gab es zahlreiche interne Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Bewegung. Vielerorts setzten sich jedoch die bürgerlichen Frauen* durch und die Suffragettenbewegung separierte sich zunehmend von proletarischen Bewegungen und den darin kämpfenden Frauen*. Dies lag zum einen daran, dass einige Frauen* befürchteten durch eine breitere Aufstellung der Forderungen und den Anschluss an die proletarische Bewegung ihre Forderung nach dem Wahlrecht nicht durchsetzen zu können. Zum anderen wurde die Existenzgrundlage der bürgerlichen Frauen* durch diese Form des Protests nicht bedroht und sie hatten weitreichendere Einflussmöglichkeiten als ihre proletarischen Mitstreiter*innen. Schon früh setzte sich in weiten Kreisen die Forderung nach dem eingeschränkten Wahlrecht durch, welches lediglich den bürgerlichen Frauen* zu Gute käme, die Proletarischen jedoch nach wie vor ausschließen würde. Die Durchsetzung der bürgerlichen Frauen* wurde den Suffragetten zum Verhängnis. Ihnen fehlte es an vielen Stellen an einer gesellschaftlichen Analyse und so verkam die einstige Massenbewegung, die mit guten Zielen angetreten ist, zu einer kleinen Gruppe, die insbesondere im 1. Weltkrieg ihre ursprünglichen Forderungen zugunsten nationalistischer Kriegspropaganda aufgaben. Hier wird deutlich: Nicht allein Militanz, sondern wofür wir kämpfen macht eine Bewegung radikal.

Nicht allein Militanz, sondern wofür wir kämpfen macht eine Bewegung radikal.

Genau dieser Mangel an Analyse und allgemeinem Befreiungswillen der bürgerlichen Frauen*bewegung wurde von revolutionären Feminist*innen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin kritisiert. Zwar schlossen sie sich auch der Forderung nach dem Frauen*wahlrecht an, doch war ihnen klar, dass diese Forderung nicht ausreicht. Ihre Texte, in denen sie die bürgerliche Frauen*bewegung und die reformistischen Ansätze der Anhänger*innen der SPD kritisierten, lesen sich in Teilen wie aktuelle Texte. Dies liegt daran, dass zahlreiche Probleme, vor die uns der Kapitalismus und das kapitalistische Patriarchat stellt, durch die politische Emanzipation von Frauen* nicht zu lösen vermocht wurden. Und so schlagen wir uns schon seit über 100 Jahren mit ähnlichen Problemen herum.

Auch wenn Frauen* nun, gleich dem Mann, durch den Kapitalismus erfolgreich ausgebeutet werden können und auf einer juristischen Ebene die gleichen Rechte und Pflichten haben, sind sie dennoch nicht nur dem Kapital, sondern auch dem Mann untergeordnet. Die strukturellen Gewaltverhältnisse, die unsere Gesellschaft bestimmen und Menschen diesen stets unterordnen, delegieren anfallende Sorge- und Hausarbeit, wie damit verbundene Eigenschaften und Emotionen, an Frauen*. Diese bleiben, trotz noch so vieler hübschen Kampagnen, stets abgewertet. Denn sie sind im Kapitalverhältnis nicht das was zählt, was zählen darf. Im Kapitalismus geht es nicht um das Leben, geschweige denn um das gute Leben. Es geht um Akkumulation, um Vermehrung von Kapital. Kapital vermehrt sich allerdings nicht durch Windeln wechseln und Tränen trocken.

Im Kapitalismus geht es nicht um das Leben, geschweige denn um das gute Leben.

Trotzdem ist auch das Kapital angewiesen auf diese Arbeit. Ohne Arbeitskräfte kann es nicht vermehrt werden. So muss Reproduktionsarbeit zum einen im Schatten der Produktionsarbeit stattfinden und zugleich kontrolliert werden. Und damit auch die in ihr arbeitenden Frauen*. Nicht zuletzt hieraus ergeben sich ganz konkrete Abhängigkeitsverhältnisse, in denen Frauen* auf den Lohn des Mannes und somit auf die Partnerschaft angewiesen sind. Diese Struktur ist an sich ein Gewaltverhältnis und befördert konkrete Gewalt gegen Frauen*. Neben der Arbeit ist der Kapitalismus auch auf die Verfügung von weiblichen Körpern angewiesen, insbesondere auf die potentielle Möglichkeit von Schwangerschaften. Denn ohne Nachwuchs auch kein Nachschub an Arbeitskräften. So haben Frauen*, trotz der weltweit geführten Kämpfe rund um Abtreibungsgesetze und Verhütung, nach wie vor kein umfassendes Selbstbestimmungsrecht über ihren eigenen Körper. Frauen* wird unterstellt nicht auf einer rationalen Ebene entscheiden zu können, ob sie eine Schwangerschaft wollen oder einen Fötus nicht austragen möchten. Von konservativer Seite wird weiterhin mit einer vermeintlichen weiblichen Irrationalität argumentiert. Unter anderem hierdurch wird, auch abseits generativer Fragen, der weibliche Körper unter die männliche Verfügungsgewalt gestellt. Diese äußert sich auch in sexistischen Handlungen, denen Frauen* tagtäglich ausgesetzt sind. Der weibliche Körper bleibt eine Projektionsfläche für männliche Sexualität.

Trotz alledem wird heute von vielen Seiten die Unterdrückung der Frau* auf fehlende Frauen* in den Chefetagen verkürzt, das Patriarchat als (beinahe) überwunden erklärt und das Ende



Heraus mit dem Frauenwahlrecht
FRAUEN-TAG
8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindegewerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und reaktionäre Gesinnung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert.

Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerlöschliche, feste Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Hier darf es kein Ruhen kein Raften geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die am

Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfindenden

9 öffentl. Frauen-Versammlungen

Plakat der Frauen*bewegung zum Frauen*kampftag 8. März 1914. (Bild: Karl Maria Stadler)

des Patriarchats durch den Kapitalismus eingeleitet gewährt. In einem System, das auf Ausbeutung fußt, einen für die Frau* befreienden Moment ausmachen zu wollen ist eine zynische Farce und wird an allen Orten der Welt täglich, stündlich, minütlich brutal widerlegt. Analog zum Beifall von den Balkonen für Pflegekräfte werden von den etablierten Parteien in den Innenstädten Rosen an Frauen* verteilt. So wollten sich die streikenden Frauen* der Textilindustrie Anfang des 20. Jahrhunderts sicherlich nicht verstanden wissen, die mit der Forderung nach „Bread and roses“ neben einem besseren Lohn (bread), für das gute Leben (roses) kämpften und nicht für mehr Dankbarkeit. Die Spielart des bürgerlichen Feminismus mag - für einige wenige Frauen* - ihren Weg auf der Karriereleiter und im kapitalistischen Glücksversprechen verhaftet erstrebenswert erscheinen. Doch kann hier nicht im Entferntesten von Emanzipation gesprochen werden. Eine diversere Ausbeutung macht die Ausbeutung nun mal nicht wett. Schon Clara Zetkin wusste: „Hauptziel der bürgerlichen Frauenbewegung [ist] der Schutz, die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der die Frauen weder ihrer Klassensklaverei noch ihrer Gesellschaftsklaverei ledig werden können“.

Doch wir denken gar nicht daran aufzugeben. Schließlich formiert sich zusehends weltweit eine feministische Bewegung und Organisie-

rung mit einem deutlichen Klassenbewusstsein, die sich nicht mit einem größeren Stück des Kuchens zufrieden geben will. Insbesondere erwähnt seien hier die Proteste, die sich in Südamerika um die zahlreichen Femizide, als Spitze der Gewalt gegen Frauen*, bildeten. Diese führten vielerorts zu solidarischen und kämpferischen Zusammenschlüssen, die sich explizit gegen das herrschende System des Kapitals richten. Auch die Proteste rund um das geplante faktische Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in Polen richteten sich schnell auch gegen das autoritäre erzkatholische Regime Polens. Vielerorts erwächst sich aus dem feministischen Aufbegehren also ein Aufbegehren gegen das Bestehende und für eine radikale Umwälzung hin zu einer befreiten Gesellschaft.

Es bleibt im Hier und Jetzt, sich feministisch zu organisieren

All das zeigt: Weder eine Verbannung feministischer Forderungen in eine ferne Zukunft, noch eine bürgerlich-reformistische Gangart bieten einen Ansatzpunkt für Feminist*innen, die die Befreiung der Frau* und das gute Leben für alle wollen. Es bleibt im Hier und Jetzt, sich feministisch zu organisieren, klar flankiert von einer gesamtgesellschaftlichen Organisation gegen Kapital und für das Leben!

Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt

Von aller Politik denkbar weit entfernt?

Rüstungsforschung an der RWTH – gestern und heute



Das Herwart-Opitz-Haus 1970. (Foto: WZL)

Mit dem neuen NRW Hochschulgesetz aus dem Sommer 2019 wurde die obligatorische Zivilklausel, also die Selbstverpflichtung von Universitäten ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, abgeschafft. Hochschulen in NRW dürfen nun auch militärische Forschung betreiben. Welche Rolle spielt die RWTH seit ihrem Bestehen in Sachen Rüstungsforschung und wie sieht es heute aus?

„Die RWTH fühlt sich nicht nur im Sinne der Gesetzgebung der friedlichen Forschung verpflichtet und betreibt keine Rüstungsforschung. Sie steht nicht zur Verfügung, wenn es darum geht, neue Waffentechnologien und Ähnliches zu entwickeln.“ So äußerte sich der Rektor der RWTH Ulrich Rüdiger 2019 im Nachrichtenmagazin SPIEGEL.

„Es geht um Grundlagenforschung, die mit der Verbesserung von Armeeprogrammen oder -operationen zusammenhängt oder ein Potenzial dazu hat.“

Im Kontrast dazu betreibt die RWTH dennoch Drittmittelforschung für das US-Verteidigungsministerium und kassierte dafür seit 2008 über 1 Millionen Euro Fördergelder. Die Verantwortlichen an der RWTH argumentieren, die Ergebnisse ihrer Grundlagenforschung seien nicht in erster Linie für das Militär gedacht, sondern könnten auch für kommerzielle und zivile Zwecke verwendet werden. Doch die Projektbeschreibung des US-Verteidigungsministeriums spricht eine andere Sprache. Dort heißt es: „Es geht um Grundlagenforschung, die mit der Verbesserung von Armeeprogrammen oder -operationen zusammenhängt oder ein Potenzial dazu hat.“ Ist das keine Rüstungsforschung? Rektor Rüdiger betont gegenüber dem Spiegel, dass keine Waffen entwickelt würden und meint zum Problem der militärischen Nutzung so genannter anwendungsbezogener Grundlagenforschung: „Natürlich ist sich das Rektorat der Dual-Use-Problematik bewusst, wir vertrauen aber dem Verantwortungsbewusstsein unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“

Dass das nicht immer hinlänglich zeigt ein Skandal aus dem Jahr 2017. Damals wurde bekannt, dass die RWTH an der Planung einer Panzerfabrik in der Türkei beteiligt war. Ein RWTH-Sprecher bestätigte damals auf Anfrage, dass das Werkzeugmaschinenlabor der Hochschule von Mai bis September 2016 an einer Machbarkeitsstudie für das Werk in der Türkei gearbeitet habe. Der Auftrag sei von einer deutschen Vermittlungsfirma gekommen und zunächst sei es im Wortlaut nur um „Spezialfahrzeuge“ gegangen. Als schließlich auch vom Bau von Panzern die Rede gewesen sei, habe man den Auftrag „frühzeitig mit einer eingeschränkten Präsentation der Ergebnisse beendet“. Die Erstellung der Studie sei „ein Fehler“ gewesen.

Dass man sich im Werkzeugmaschinenlabor (WZL) der RWTH mit Panzern beschäftigt, hat

beinahe Tradition: Während des 2. Weltkriegs etablierte sich das WZL, nämlich unter der Leitung des Ingenieurs, Herwart Opitz, als wichtiges Institut für Panzerforschung. Der spätere RWTH Rektor Opitz engagierte sich darüber hinaus als wissenschaftlicher Berater im Reichsministerium für Rüstung. Zeit für einen kritischen Rückblick!

Opitz in Aachen

Opitz kam 1928 nach seiner Diplomprüfung nach Aachen, promovierte dort 1930 und habilitierte 1934 am WZL. Im Jahr 1936 wurde er als Professor für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre an die RWTH berufen und wurde zugleich Institutsleiter am WZL. Im Zuge der nationalsozialistischen Aufrüstungspolitik und Bestrebungen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit erforschte er „Panzermaterial“. Im Jahr 1943 wurde im Zuge des „Adolf-Hitler-Panzer-Programms“ die Panzerproduktion im Dritten Reich gesteigert. Das WZL wurde immer mehr zur Waffenproduktionsstätte - so bestand dort 1944 ein Großteil der Arbeit aus Panzerhaubendreher.

Opitz engagierte sich Anfang der 1940er Jahre außerordentlich für das Rüstungsministerium und referierte, teils in leitender Funktion, in Ausschüssen zu dem Thema Panzerwagen. Dort fand ein Austausch zwischen Forschung und panzerfertigender Industrie statt. In den Jahren 1942 und 1943 wurde ihm für sein Engagement das Kriegsverdienstkreuz II. und I. Klasse verliehen.

NS-Engagement und Nachkriegszeit

Opitz war ab April 1933 Mitglied der NSDAP, im November 1933 wurde er Mitglied der SA. Der Zeitpunkt seines NSDAP-Eintritts legt nahe, dass seine Mitgliedschaft dadurch motiviert war, berufliche Nachteile zu vermeiden. In den Jahren 1939/1940 übte er außerdem das Amt des stellvertretenden Führers des nationalsozialistischen Dozentenbundes aus. Nach Ende des Krieges wurde Opitz im Jahr 1946 wegen seiner Mitgliedschaften in NS-Organisationen durch die alliierte Militärregierung aus dem Lehramt entlassen. Er leitete jedoch weiter das WZL von seiner Privatwohnung aus und versuchte erfolglos, sich seine Reintegration an der Hochschule mithilfe eines gefälschten KPD-Ausweises zu erschleichen.

Rehabilitierung

Doch im Jahr 1948 änderte die Militärregierung ihre Einstellung und Opitz konnte seine Professur wieder aufnehmen. Hintergrund der neuen Einschätzung war, dass die Besatzungsmächte in Anbetracht des heraufziehenden Kalten Krieges ein Abwandern des Ingenieurs nach Osten befürchteten. Opitz leitete nun auch wieder offiziell das WZL und führte das Institut bald zu internationaler Größe.

Er ist damit nur ein Beispiel für eine gescheiterte Entnazifizierung der deutschen Hochschulen. Zwar wurden die prominentesten National-

sozialisten aus den Fakultäten entfernt, doch die meisten mehr oder weniger ‚Belasteten‘ – wie Opitz Profiteure des NS – wurden genauso schematisch wieder eingestellt, wie sie vorher durch die Militärregierung entlassen worden waren. Besonders Ingenieure wurden von den Alliierten umworben, um sie und ihr technologisches Wissen zum eigenen Vorteil zu nutzen. Viele deutsche Fachleute, vor allem Naturwissenschaftler und Rüstungsingenieure, gaben ihr Wissen bereitwillig preis, im Gegenzug sahen die Alliierten über deren Engagement für die nationalsozialistische Kriegsführung hinweg.

Wissenschaft bleibt Wissenschaft, Politik bleibt Politik

Die meisten Wissenschaftler verdrängten ihre eigenen Rollen und Handlungen im NS: In der gesellschaftlichen Wahrnehmung fand eine Verengung des Täterkreises auf wenige, menschlich verrohte „echte Nationalsozialisten“ statt, von denen sich „kleine Schreibtischtäter“ – also auch Wissenschaftler und Ingenieure – einfach distanzieren konnten. Es wurde eine Vorstellung vom unpolitischen Raum der Wissenschaft gepflegt, in dem Wissenschaftler lediglich ihrem Forschungsinteresse folgten, dabei aber niemals einem politischen Programm dienten. Sie waren „wertfreie“ Fachleute und verdrängten die Folgen ihrer Forschung. Diese Forschung hatte aber sehr reale Folgen: Sie kostete zehntausenden Zwangsarbeiter*innen, KZ-Insassen und Kriegsgefangenen das Leben und trug zur Verlängerung des Krieges bei.

Dieser wertfreie Blick auf Naturwissenschaften wird in der Nachkriegszeit auch an der RWTH deutlich. So heißt es 1946 in einem Memorandum des Senats der RWTH: „Wenn Studierende [...] aus innerer Veranlagung einen Lebensberuf ergreifen, der seinem Gegenstande nach von aller Politik denkbar weit entfernt ist, so können schwerlich Wahn und Leidenschaft faschistischer und militaristischer Art bei Ihnen einen Nährboden finden, und extreme Elemente werden in ihren Reihen keine Rolle spielen können.“

Viel Ehrung, wenig Aufarbeitung

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs profitierte Opitz von der Wahrnehmung seines Berufsstandes, trotz seiner NS-Vergangenheit konnte er beinahe nahtlos seine Arbeit wieder aufnehmen. Er war von 1956 bis 1957 Dekan der Fakultät für Maschinenbau und in den Jahren 1958 bis 1959 und von 1967 bis 1969 hatte er das Amt des Rektors der RWTH Aachen inne. Er war nicht gezwungen, sich kritisch mit seinen Aktivitäten während des NS auseinanderzusetzen. Aufgrund seiner wissenschaftlichen Erfolge musste er sein Handeln nicht rechtfertigen. Im Gegenteil, im weiteren Verlauf seiner Karriere wurde er sogar mit diversen internationalen Auszeichnungen und Ehrungen bedacht. 1970 wurde ihm das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Auch die RWTH würdigte ihn 1975 als Ehrensensator und mit dem Verwaltungsgebäude des WZL, das seit 1978 ‚Herwart-Opitz-Haus‘ heißt. Im Jahr 1973 wurde Opitz emeritiert, er wirkte bis zu seinem

Tod am 15. Juni 1978 am WZL.

Die Haltung der RWTH - Mystifizierung statt Erinnerung

Auch in der öffentlichen Wahrnehmung und im offiziellen Gedenken der Hochschule wurde sich nicht kritisch mit seiner Person auseinandergesetzt. Diese unkritische Fortschreibung der Geschichte Opitz' findet sich noch 2006 in der Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des WZL wieder, obwohl es zu diesem Zeitpunkt bereits die deutlich kritischeren Forschungsergebnisse gab. Offensichtlich hat eine offizielle Auseinandersetzung der RWTH mit sich und ihrer Vergangenheit keine Priorität. Herwart Opitz und seine Verstrickung in die Kriegsmaschinerie der Nazis sind kein Einzelfall. Die meisten Hochschullehrer der RWTH versuchten während des NS ihre eigene Kriegswichtigkeit hervorzuheben und forschten zu Rüstungsthemen. Aufarbeitung – Fehlanzeige.

Die meisten Hochschullehrer der RWTH versuchten während des NS ihre eigene Kriegswichtigkeit hervorzuheben und forschten zu Rüstungsthemen. Aufarbeitung – Fehlanzeige.

Dabei bleibt die Rolle von Ingenieur*innen und deren Verantwortung für ihre Entwicklungen eine zentrale wissenschaftsethische Frage. Aus der Geschichte von gestern können Ingenieur*innen heute lernen. Doch dafür fehlt an der RWTH leider das Geschichtsbewusstsein. Die Rüstungsforschung und ihre Akteure betreffend, ließ die Aufarbeitung der eigenen Geschichte bislang jedenfalls zu wünschen übrig. Das wirft auch ein Licht auf die aktuelle Debatte und Haltung der RWTH zu diesem Thema.

Dass man sich dort auf die Position zurückzieht, die eigene, vom Pentagon finanzierte, „Grundlagenforschung“, sei ja auch für zivile Zwecke nutzbar und deswegen keine Rüstungsforschung, ist reine Augenschweierei. Drittmittelforschung für das Militär ist Rüstungsforschung, selbst wenn keine Waffen entwickelt werden. Es fehlt an der RWTH eine ehrliche Reflexion über Technik und ihre Folgen, sowohl in aktuellen Debatten als auch in der eigenen Erinnerungskultur. Naturwissenschaftler*innen und Ingenieur*innen und ihre Forschung sind nicht wertfrei, sondern Teil der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung!

Darum reicht es nicht, wie Rektor Rüdiger auf das Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Wissenschaftler*innen zu setzen. Es braucht an der RWTH eine Auseinandersetzung mit diesem Thema und ein klares und konsequent umgesetztes Bekenntnis zur zivilen Forschung. Doch nicht nur an der Uni kommt die Debatte zu kurz. Angesichts steigender Militärausgaben, dutzender Kriege und steigenden Flüchtlingszahlen braucht es auch eine gesamtgesellschaftliche Debatte und eine klare Kante gegen Militarismus und Aufrüstung.

AK Antifa Aachen



Deutscher Panzer bei einer Vorführung. (Bild: Bundesarchiv Bild 146-1978-120-15, Panzer IV)

Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag

Heutiges Thema: Wie sichere ich mich gegen Abmahnungen und Kündigungen ab?

Die Schließung des Continental-Werks in Aachen hat gezeigt, dass es ganz schnell gehen kann: Zack! Kündigung, Job weg. „Richtig miese Aktion“ kann da Mikesch nur noch sagen! Doch während die Gekündigten bei solchen Ausnahmefällen nur auf eine gute Abfindung hoffen können, hat man im Normalfall oft gute Chancen gegen eine Abmahnung oder Kündigung vorzugehen.



In den meisten Fällen bedarf es dreier Abmahnungen bis eine Kündigung mit Frist ausgesprochen werden kann. In besonders krassen Fällen, zum Beispiel bei strafrechtlich relevanten Vorgehen während der Arbeitszeit, kann die Kündigung auch sofort erfolgen. Ein Blick in den Arbeitsvertrag reicht meistens aus, um zu wissen, wie es bei einem selbst geregelt ist.

Bei einer Abmahnung oder Kündigung solltest du zunächst einmal den Betriebsrat beziehungsweise die Mitarbeiter*innen-Vertretung einschalten. Der Arbeitgeber ist meistens dazu verpflichtet das Dokument zunächst vom Betriebsrat abnicken zu lassen. Der Betriebsrat kann dir in dem Fall zur Seite stehen und dich gegebenenfalls auch rechtlich unterstützen. Vielleicht möchtest du dich ja selbst bei der nächsten Betriebsratswahl aufstellen lassen. Hier sind die rechtlichen Hürden für eine Kündigung sogar noch höher. Wenn es bei dir keinen solchen Betriebsrat gibt, ist es aller höchste Eisenbahn, einen zu gründen. Gewerkschaften geben einem gerne die nötige Unterstützung dafür.

Apropos Gewerkschaft: Wenn du noch nicht einer Gewerkschaft beigetreten bist, solltest du das besser schleunigst nachholen. Dort kannst du zum Beispiel arbeitsrechtliche Beratung in Anspruch nehmen und kannst dich mit anderen Lohnabhängigen austauschen und organisieren. Eine gefüllte Streikkasse, wenn es mal hart auf hart kommt, ist dabei auch nie verkehrt.

Eine Rechtsschutzversicherung für Arbeitsrecht ist eher nicht zu empfehlen, da diese häufig nur als teure Zusatzversicherung angeboten wird. Doch um im Notfall einen guten Anwalt bezahlen zu können, der sich im Arbeitsrecht auskennt, ist es ratsam zum Beispiel in deinem Berufsverband organisiert zu sein. Ähnlich wie bei einer Gewerkschaft zahlst du einen kleinen monatlichen Betrag und bist dafür über die meisten Berufsverbände rechtsschutzversichert.

Also: Rein in die Gewerkschaft, den Berufsverband oder Betriebsrat!

Euer Mikesch

Lösung des Sudoku aus Ausgabe Nr. 2

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in a solved state.

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen tacheles-aachen@riseup.net

Tacheles Nr. 3, Dez. 2020 - Auflage 1.500 Stück

V.i.S.d.P: Miriam Schmidt Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteller*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsverhältnisse: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Horoskop mit Hubert

Widder (21.03.-20.04.): Du solltest deine Masken öfters waschen!

Stier (21.04.-20.05.): Wenn du abends den Kopf in den Sand steckst, knirschst du morgens mit den Zähnen!

Zwillinge (21.05.-21.06.): Blaukraut bleibt Blaukraut und schieß auf das Brautkleid.

Krebs (22.06.-22.07.): Fahr doch mal wieder ans Meer! Wenn auch nur für einen Tag, das wird dir guttun.

Löwe (23.07.-23.08.): Jetzt mal Margarine bei die Tofu: Schon mal überlegt vegan zu leben?

Jungfrau (24.08.-23.09.): - Bitte mitsingen - „Immer wieder kommt ne' neue Demo, immer wieder kommt ein neuer Terz, immer wieder bringt er neue Pyro, und immer wieder Licht in unser Herz.“

Waage (24.09.-23.10.): Die Antwort ist „JA“. Deine letzte Idee war gut! Halte daran fest und traue dir mehr zu!

Skorpion (24.10.-22.11.): Schlage lieber mal ein Zelt richtig auf, bevor du wieder auf die Idee kommst, es würde woanders besser stehen. Am Ende läufst du nur vor dir selbst weg.

Schütze (23.11.-21.12.): Dokutipp: „Wie man ein echt gutes Brot backt“ vom SWR – Mahlzeit!

Steinbock (22.12.-20.01.): Wenn du Frühstück im Bett willst, musst du wohl in der Küche schlafen oder das beim WG-Plenum ansprechen.

Wassermann (21.01.-19.02.): Du wirst sehen, es wird schon alles werden! Vor allem mit ner Mate in der Hand!

Fische (20.02.-20.03.): Love and compassion are the key to happiness!!1! - Grüße von deinem Yogitee



Hier findest du die neuste Ausgabe von Tacheles in Aachen

- ➔ Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
➔ Afterglow Gestaltung und Druck, Vaalser Str. 20-22
➔ Buchladen 39, Pontstr. 39
➔ Engel Apotheke, Heinrichsallee 22
➔ Fedas Kiosk, Boxgraben 51
➔ Gleis 8, Theaterstr. 83
➔ KingzCorner, Königstr. 46
➔ Pfannenzauber, Suermondplatz 12

Beteiligte Gruppen: AK Antifa Aachen, Bürger*innenasyl Aachen, Diskursiv Aachen, Knit & agitate, Recht auf Stadt Aachen

Über uns

Das Wort „Tacheles“ kommt aus dem Jiddischen und bedeutet so viel wie Klartext reden - genau das ist unser Anspruch als neues linkes Zeitungsprojekt in Aachen. Wir wollen eine kritische Perspektive auf das Geschehen in und um Aachen werfen und in unseren Beiträgen Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst oft nicht gehört werden. Die Zeitung ist ein gemeinsames Projekt der Aachener Gruppen AK Antifa, Bürger*innenasyl, Diskursiv, Knit & Agitate und Recht auf Stadt und wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv. Sie erscheint aktuell alle drei Monate. Die geäußerten Meinungen entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion, für die Texte und Inhalte sind die jeweiligen Autor*innen bzw. interviewte Menschen verantwortlich. Wir freuen uns über Kritik, Fragen, Anregungen und Leser*innenbriefe! Die Zeitung ist bis auf weiteres kostenlos erhältlich, deswegen ist jede Spende gern gesehen, um unsere Kosten zu decken.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen

- ➔ tacheleszeitung.noblogs.org
➔ tacheles-aachen@riseup.net



Kreuzworträtsel

Gewinnspiel: Lösungswort an tacheles-aachen@riseup.net. Zu gewinnen gibt es ein Paket feinsten zapatistischen Kaffee aus dem Infoladen Aachen. Gesponsort durch das Zeitungskollektiv. Viel Spaß!

Large crossword puzzle grid with clues in German and English.